



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1911**

133 (20.3.1911) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-145333](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-145333)

# General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.  
Eingelohnt 20 Bg. monatlich,  
durch die Post bez. incl. Post-  
aufschlag 24. 2/3 pro Quartal.  
Eingel.-Nummer 5 Bg.

Inserate:

Die Colonnade-Zeile . . . 25 Bg.  
Kurzfristige Inserate . . . 30  
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

## Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gleichenste und verbreitetste Zeitung  
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben  
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros  
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger  
Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1400

Druckerei-Bureau (An-

nahmen-Druckarbeiten) 341

Redaktion . . . . . 377

Expedition und Verlags-

Buchhandlung . . . . . 218

Nr. 133.

Montag, 20. März 1911.

Abendblatt.)

Die heutige Abendausgabe umfasst  
12 Seiten.

### Millenniumsphantasien.

Von unserem Londoner Korrespondenten

+ London, 18. März.

Seit langem hat keine Aeußerung eines britischen Ministers einen so allgemein billigen, fast begeisterten Widerhall in der Welt gefunden, wie diejenige Sir Edwards Greys über Kämpfe und Schiedsverträge. Von allen Ländern her strömen Versicherungen, daß man eine so ernste und von einflussreicher Seite kommende Beschwörung des Gedankens, internationale Streitfragen durch Schiedsgericht zu erledigen, mit freudiger Genugtuung begrüßt. Ist für diesen Freudentaumel aber ein wirklicher Nährboden vorhanden? Darf man nun hoffen, daß der Krieg nicht mehr als ultima ratio gelten und abgeschafft werden wird? Darf man in Gemeinlichkeit mit dem britischen Minister des Auswärtigen einer neuen Ära entgegensehen, in der es keine Kämpfe mehr geben wird, mit Ausnahme derjenigen, die zur Ausübung von Polizeidiensten auf den Weltmeeren und zur Verhinderung solcher Nationen nötig sein würden, die den Gebieten der Schiedsgerichte den Gehorsam verweigern? Darf man vernünftigerweise selbst auch nur annehmen, daß der Abschluß eines Schiedsvertrages zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten die rastlosen Bemühungen der europäischen Nationen, unter allen Umständen auf den Krieg vorzubereiten zu sein, vermindern würde? Es wäre in der Tat überaus schön, sich einem solchen Optimismus hinzugeben.

In erster Linie darf festgestellt werden, daß ein Schiedsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien an und für sich als ein ziemlich unnützes Werkzeug erscheinen muß. Alle kanadisch-amerikanischen Streitfragen, die Jahrzehnte lang zu Reibungen zwischen London und Washington Anlaß gaben, sind im Laufe der letzten vier oder fünf Jahre auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege geschlichtet worden, und es ist gegenwärtig nicht die geringste Spur von einer Differenz vorhanden, die in der nächsten Zukunft Schwierigkeiten zwischen den beiden Mächten erzeugen könnte. Allerdings wünschen die Amerikaner den Anschluß Kanadas an die Union herbeigeführt zu sehen. Aber ein solcher — offiziell gar nicht anerkannter — Wunsch kann nicht zu Reibungen führen und kann nicht den Gegenstand schiedsgerichtlicher Verhandlungen bilden, zumal die amerikanischen Staatsmänner darauf rechnen, daß das Gewicht der materiellen Interessen Kanadas so stark ist, daß die Gravitation nach der Union hin sich im Laufe der Zeit ganz von selbst vollziehen wird. Ein Schiedsvertrag von Schwierigkeiten, die weder bestehen noch in absehbarer Zeit erwartet werden, ist ein Dokument, dem vom streng praktischen Standpunkte kein großer Wert beigelegt werden kann und das daher kaum darnach angetan sein würde, uns auf dem Wege zum allgemeinen Weltfrieden eine beträchtliche Strecke vorwärts zu bringen. Angenommen ein solcher englisch-amerikanischer Vertrag wäre wirklich abgeschlossen und

ratifiziert, so würden der Argwohn und die Eifersucht zwischen den europäischen Mächten (einschließlich Englands) sowie ihre Interessengegensätze genau dieselben bleiben, wie zuvor. Indem sie die Möglichkeit von Konflikten — wie z. B. im fernen Osten, in Makedonien, Mesopotamien und an der Nordküste Afrikas — in Berechnung ziehen, werden sie fortfahren, gegen einander zu rüsten und die Größe ihrer Rüstungen nach der Größe ihrer Interessen zu bemessen. Uebrigens gehen Kriege nicht immer aus Streitigkeiten hervor, die durch Schiedsgericht geschlichtet werden könnten. Daß die verschiedenen Nationen der Welt widerstrebende Interessen haben, wird morgen ebenso wahr sein, wie es heute ist und wie es gestern war und wenn ein Volk die Erreichung eines bestimmten Zieles für seinen nationalen Fortschritt und für seine nationale Wohlfahrt als unbedingt notwendig erachtet, so wird es, wenn friedliche Mittel nicht hinreichen, seinen Willen durch den Hinweis auf seine Stärke oder durch den tatsächlichen Aufmarsch seiner Bataillone und Dreadnought-Geschwader durchzusetzen suchen. Würde ein internationales Schiedsgericht Korea den Japanern gegeben oder die Mandchurie unter Japan und Rußland verteilt oder Bosnien und die Herzegovina dem österreichischen Kaiserreich zugesprochen oder die amerikanische Herrschaft in den Philippinen aufgerichtet oder die Burenrepublik in Südafrika an Großbritannien ausgeliefert haben? Sicherlich hätte es teils von allen diesen Dingen getan. Und die Japaner würden den Vorschlag, ihr koreanisches Projekt einem internationalen Gerichtshof zur Prüfung zu unterbreiten, ebenso schroff zurückgewiesen haben, wie Oesterreich den Antrag Sir Edwards Greys, die bosnische Besitzfrage durch eine wohlwollende Konferenz der europäischen Mächte „regularisieren“ zu lassen, höflich, aber entschieden ablehnte. Und wenn man an England und Amerika, die sich jetzt durch einen Schiedsvertrag verdröhnen wollen, die Frage richtet, ob sie bereit wären, das eine die ägyptische Frage und das andere die Panamafrage eventuell einem internationalen Schiedsgericht zur Entscheidung zu unterbreiten, so würden sie einfach antworten, daß in so vitalen Fragen jede Nation ihr eigener Richter sein muß.

Wer Sir Edward Grey hat im Grunde seine Millenniumsphantasien selber als absurdum geführt und ihnen gleichzeitig einen höchst verdächtigen Anstrich gegeben. Denn er erklärte in seiner Rede vom vergangenen Montag: „Ich glaube er (nämlich der Schiedsvertrag zwischen England und Amerika) würde wahrscheinlich zu dem weiteren Abkommen führen, daß sie (nämlich England und Amerika) in jedem Falle gemeinsame Sache machen würden, in welchem die eine oder die andere der beiden Mächte mit einer dritten Macht in Streit geriete die sich auf keine schiedsgerichtliche Entscheidung der Streitfrage einlassen will.“ Diese Stelle der Greyschen Aeußerungen ist in den ins Ausland telegraphierten Berichten — und das erklärt vielleicht ihre so günstige Aufnahme — ganz ausgeschlossen worden, und doch liegt in ihr eigentlich das Pudeis Kern. Denn der Gedanke der Verdringung liegt nahe daß Sir Edward Grey unter dem Deckmantel der Förderung von Schiedsverträgen eine sogenannte Friedensliga zwischen England und Amerika (und möglicherweise noch einer anderen Macht, gegen Frankreich) herzustellen hofft, die in Wirklichkeit ein aggressives Bündnis von Mächten

wäre, die ihren Willen den anderen Nationen aufzuzwingen beabsichtigen. Dem Besehen einer so tyrannischen „Friedensliga“ würden sicher die anderen Nationen nicht ruhig zusehen: Einzelne von ihnen oder alle würden sich zu einer Oppositions-Friedensliga zusammenschließen und die Ausschüßten auf kriegerische Zusammenstöße würden eher vermehrt als vermindert sein.

Die Sinnwidrigkeit der zwei von ihm vorgeschlagenen Abkommen mit den Vereinigten Staaten scheint übrigens inwieweit auch dem Urheber des Gedankens klar geworden zu sein, denn in seiner gestrigen, gelegentlich eines Festessens der Liga für internationalen Schiedsgericht gehaltenen Rede glaubte Sir Edward Grey die beruhigende Versicherung abgeben zu müssen, daß ein Schiedsvertrag, wie er ihn vorgeschlagen habe, nur zustande kommen könne wenn er ohne arrière pensée — d. h. ohne den Hintergedanken, damit eine Waffe gegen eine dritte Macht zu erlangen — abgeschlossen würde. Ganz abgesehen davon, daß auch der amerikanische Senat kaum einen Vertrag genehmigen würde der die Vereinigten Staaten zur Einmischung in die Streitigkeiten europäischer Mächte verpflichtete, scheint es nach allem mit dem besten Willen unmöglich, aus den Unklarheiten und Ungereimtheiten der Greyschen Millenniumsphantasie viel Hoffnung für die Zukunft zu schöpfen.

### Politische Uebersicht.

Mannheim, 20. März 1911.

#### Reichstagsabgeordneter Dr. Beck über die politische Lage.

Im großen, vollbesetzten Saale der Gesellschaft zu Köln hat gestern vormittag der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Beck-Heidelberg über die politische Lage gesprochen. Nachdem der Redner zunächst noch einmal der Zeiten des vergangenen Blocks gedenkt hatte und in Darlegungen, wie der wiederholte Verfall bewies, die Versammlung höflich überzeugen, zeigte, daß bei dem Widerstand gegen die Erbschaftsteuer bei den Konservativen und beim Zentrum nicht sachliche, sondern politische Rücksichten, die Angst vor dem liberalen Einfluß und der Doh gegen den Fürsten Bälou den Ausschlag gegeben hatten, freigerte sich die Wirkung der Rede noch, als Geheimrat Beck auf das Verhältnis der nationalliberalen Partei zu den übrigen Liberalen, zu den Parteien des schwarz-blauen Blocks und zur Sozialdemokratie kam. Die große Mißere unserer politischen Lage sei, daß die großen politischen Gesichtspunkte immer mehr hinter den materiellen Nöten verschwinden und daß die einzelnen Stände immer mehr zum Zusammenschlusse drängten und der Werbearbeit der politischen Parteien Schwierigkeiten machten. In solchen Zeiten sei es von großer grundsätzlicher Bedeutung, wenn Ereignisse, wie die letzten Engländer des Papstes mit ihrer Einschränkung der Weisheitsfreiheit und ihren Uebergriffen auf das Herrschaftsgebiet des Staates, die Erinnerung zurückbrächten, daß das Bürgertum neben seinen materiellen Sorgen

### Feuilleton.

#### Der Niglon.

Zum 100. Geburtstag des Herzogs von Reichstadt.

Der Morgen des 20. März 1811 dümmerte trübe über Paris. In den Zullerien herrschte ein unruhiges Treiben und gespannte Erwartung; der Hof und alle Würdenträger waren versammelt; man erwartete die Geburt des ersten Kindes Napoleons. Am Tage vorher hatten Extrablätter verkündet, daß die Geburt des Kaisers unmittelsbar bevorstehe. Volkswachen wogen in den Straßen und drängten nach dem Zullerparadeplatz, um die Kunde sofort mit Jubel aufzunehmen. Der Kaiser war in höchster Erregung, denn die Geburt ging nicht leicht von statten, und ein operativer Eingriff erwies sich als notwendig. Napoleon beschwor die Hergötze, nur an die Rettung seiner Frau zu denken; ganz verdrückt und gebrochen wandte er ins Redenzimmer und drückte die heiße Stirn gegen die Fenster, um Hoffnung zu suchen. So traf ihn die Nachricht von der Geburt seines Sohnes. Sein sehnsüchtiger Wunsch war erfüllt; er stürzte in seiner Gemahlin und umarmte sie. Doch hatte der Neugeborene in seiner Lebenszeit von sich gegeben; erst als man ihn in warme Tücher wickelte und mit Wasser besprach, ließ er einen schwachen Schrei hören. Freundestränen tanzten über des Kaisers Stirn, er schloß die Augen, die er in seinem Leben vergaß.

Dem Kaiser wurde, das damals, vor nun hundert Jahren, von seinen Eltern und von einem ganzen Volke so jubelnd begrüßt, daß nicht der Welt erblühte, war ein tragisches Schicksal beschieden, das nicht zu den Höhen der Macht und des Ruhmes, sondern in die Tiefen einer selbstverschuldeten Qual und in frühen Tod führte. Selten mag es ein Junge, noch vor der Wille der göttlichen Fügung die Wärmehülle der Mutter so sehr beschützt wie das in Götze und Schöner verglühende Kaiserin dieses Kaiserthums, den sein Vater in den Armen zum König von Rom machte, der dann als Herzog von Reichstadt in aller Zurückgezogenheit zum Jüngling heranwuchs und in dem

die Franzosen den Niglon, den jungen Adler, sahen, dessen neue Sonnenläge sie in neuer Größe führen wollten. In Romonen und Dramen hat man ihn später verherrlicht, und Edmund Rothand hat seine ganze geschickliche Vorliebe aufgewandt, um dies zarte, blasse Leben mit dem goldenen Schimmer einer romantischen Verklärung zu umhüllen.

Wie alle Erbgeborenen, galt auch der kleine Napoleon schon in der Wiege als ein Wunderkind. Bereits einen Monat nach seiner Geburt schrieb Erzbischof Berthelme an den Großvater, seinen Bruder Kaiser Franz: „Der kleine Herr ist wie das Leben, und könnte nicht geküßter und schöner sein, als er ist.“ Der überglückliche Vater widmete dem Säugling all seine freie Zeit und wollte ihm mit einem Monat schon zu essen geben! Später wurde das Kindlein, das in einem leuchtendgelben, von zwei weißen Schöchen gehaltenen und mit der Kaiserkrone geschmückten Wägelchen spazieren ließ, der Kleidung des Volkes bühnenähnlich alle Art wurden ihm überreicht; seine Erzieherin, die Gräfin Montecavallo, ließ den Knaben schon früh zu Wollstücken an, sobald sie der Kaiser einmal mit Rücksicht auf seine Rasse scherzend bat, sie möge doch bisweilen einmüßige Wege für die Spazierfahrten wählen. Das verwehnte Kind war mitunter sehr eigenartig. Einmal fing es in der Luft irgend einen Anlauf wieder zurückzu zu krallen an, und wälzte sich auf dem Fußboden herum. Da hand die Gouvernante rasch auf und schloß die Thür. „Was machst du da?“ schrie er sie an. „Monchen Sie.“ erwiderte die Gräfin Montecavallo, „daß die Franzosen Ihren zukünftigen Kaiser achten könnten, wenn man ihn hinaus bis auf die Straße schreien hört.“ Sofort stand die Gräfin auf und schloß die Thür. Die nächsten Stunden verbrachte er bei seinem Vater; da durfte er nach Herzenslust herumtollen, worin sich die königlichen Pläne und Karten durcheinander und unterbroch die vortragenden Minister mit seinen vergnügten Augen. Als der Kaiser nach dem unglücklichen russischen Feldzuge geschlagen zurückkehrte, wird er zunächst die Leidenschaft und Beschäftigung sich am liebsten mit seinem Sohnen. Einmal trat er in sein Schlafzimmer und wollte ihm Gutenacht sagen, da fiel die Pforte vor einem Krustler und sprach eben den Schluß seines Nachtgebets: „Lieber Gott, laß doch Paps Frieden machen, zum Wohl Frankreichs, zum Wohle der ganzen Menschheit.“ Schweigend verließ der Kaiser

das Zimmer; auf St. Orens hat er noch kurz vor seinem Tode diese Szene den wenigen Getreuen erzählt und bitterlich gemeint.

Und bald kam der Augenblick, wo Napoleon sein Kind zum letzten Mal umarmte und es schützend den Offizieren der Nationalgarde zum Schutz empfahl. Wenige Monate darauf trat man den kleinen König von Rom mit Gewalt aus den Zullerien zu dem Wagen, der ihn nach Oesterreich führte, während er sich schreiend sträubte und schrie, er habe seinem Vater versprochen, ihn in Paris zu erwarten. Als er an der Seite seiner Mutter die Schönebrunner Schloßtrappe hinausstieg, und die Damen des Wiener Hofes nicht müde wurden, ihm die kleinen Hände zu lassen, da war er schon ein Prinz von Parma, und nicht lang danach wurde der Erbe eines Weltreiches zum Herzog der kleinen Herrschaft Reichstadt. Am Wiener Hofe erhielt er nun, von den guten Grobheiten freundlich aufgenommen, eine treuliche Erziehung; aber schon von frühesten Jugend an war seine Phantasie aufgeregt, hing mit leidenschaftlicher Verehrung an dem Vater und wühlte sich in die vergangene Manzeit hinein. Prächtig, unruhig, reich genährt von jugendlich hochfliegenden Plänen, verzehrte er sich in dem heißen Feuer eines unruhigenden Ehrgeizes. Nur mit Weisheit und Kriegswissenschaften wollte er sich beschäftigen; wenn er aus seiner gewöhnlichen Zurückgezogenheit einmal hervortrat, äußerte er seine Erzieher mit Fragen nach seinem Vater. Der Tod des Angebeteten erschütterte ihn tief.

Als er mit 19 Jahren zum ersten Mal beim Daß des englischen Botschafters in der Gesellschaft erschien, war seine schwermütig schöne Erscheinung das Entzücken aller Damen. Seine elegante, bloß dem schmächtigen Gestalt, die großen blauen Augen mit den schweren Schatteln und die milde Blässe seines Gesichts ließen aber auch bereits ahnen, daß er den Reim des Todes in sich trug. Der Herrscher, jäh über, mit dem er sich den Strapazen des militärischen Dienstes hingab, trug dazu bei, ihn völlig zu entkräften. Er litt an entzündeten Ohrenentzündungen und Schwächezuständen; in seiner Mundhöhle hatte sich Ulcer gebildet, so daß er kaum atmen konnte. Am 22. Juli 1809 verlor sich ein mildes Leben, das schon so lange nur schwach und unruhig gekämpft hatte. „Ich gehe unter! Ich gehe unter! Meine Mutter ruhen“ waren seine letzten Worte, dann entschlief er sanft in den Armen des Erbherzogs Franz Carl, ohne eigentlichen Todeskampf. . .

auch wertvolle ideale Güter zu verteidigen hat, die bei den liberalen Parteien gut aufgehoben sind. Mit großem Beifall nahm die Versammlung die mit bemerkenswerter Offenheit und Entschiedenheit vorgebrachte Erklärung entgegen, daß die nationalliberale Partei aus der Vergangenheit gelernt habe, jedes Eingreifen in die Interna der katholischen Kirche ablehne und auch den Gedanken eines neuen Kulturkampfes verwerfe. Im letzten Teil seiner Rede beschäftigte sich Abgeordneter Dr. Beck mit dem Verhältnis zur Sozialdemokratie, deren Wesenscharakter als Klassenpartei sie mit der nationalliberalen Partei, als der Partei des Ausgleichs und der Versöhnung der Klassen, in einen unüberbrückbaren Gegensatz bringe. Der überaus reiche Beifall wie die lebhaft, dem Vortrage folgende Besprechung zeigte, daß Geheimrat Beck mit seinen Ausführungen das gegeben hatte, was die große Mehrheit der Versammlung empfand. Herren aus den verschiedensten Lagern sprachen dem Redner ihren Dank aus und gingen nur auf die unsere innere Lage beunruhigende Frage des Verhältnisses zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie im Kampfe gegen den schwarz-blauen Block näher ein. Das Verhalten der Nationalliberalen in den Wahlkreisen Siegen und Hagen land, lt. „Köln. Ztg.“, auf mehr als einer Seite eine herbe Beurteilung.

Nachmittags sprach der Abgeordnete dann noch in einer Versammlung der Kölner Oberpostschaffner-Vereinigung, die ebenfalls zahlreich besucht war, über Beamtenfragen im Anschluß an einen Vortrag des Redakteurs Schäfer von der Postwelt, dem Organ der Oberpostschaffner-Vereinigung, in Berlin.

**Aus der Reichstagswahl in Siegen-Ridda**

ziehen die Jungliberalen Blätter folgende Lehre: Die Realpolitik nach heftigem und weislichem Rezept führt notwendigerweise zum Untergang des National-Liberalismus. Die Politik, die auf einer Kreuzung von nationalliberalen und konservativ-bürokratischem Geiste basiert, hat gänzlich versagt, von rechts vermag sie keine Stimme zu gewinnen, und noch stets verliert sie ungezählte. In Hessen sowohl wie in Westfalen kann der Nationalliberalismus seinen Bestand nur behaupten, wenn er seine Politik ohne Vorbehalt noch der nationalliberalen Gesamtpolitik einstellt. Erst dann ist die allseitig-notwendige Klarheit und Geschlossenheit erreicht.

Das Organ des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend mißbilligt natürlich im Einklang mit der Auffassung der badischen Nationalliberalen die Stichwahlparole der Siegener Nationalliberalen für den Antisemiten:

Die neue Parole aus Hessen wird nichts anderes bewirken, als einen noch größeren Abfall nationalliberaler Männer in Hessen selbst und eine allgemeine Verbitterung in den weitesten Kreisen der Partei. In dem Kampfe, der uns bevorsteht, in welchem wir Hoffmann und mit ihm andere Führer der nationalliberalen Reichstagsfraktion richtig proklamiert haben, unter allen Umständen mit der Front nach rechts gelämpft werden muß, wird man uns immer auf das klügliche Verhalten der hessischen Nationalliberalen verweisen können, ohne daß wir die Möglichkeit hätten, uns anders zu wehren, als dadurch, daß wir diese energisch von unsern Redaktionsabteilungen abschneiden. Das also ist der Erfolg derjenigen, die im Interesse der Partei in Hessen ein Liebesgeld mit dem Bund der Radikalen und den Antisemiten unter scharfem Protest der Mehrheit der Partei glauben nicht lassen zu dürfen, und dabei hülften sich diese Herren noch immer mit gönnerhaftem Augenzwinkeln in die Loge des Hegelebewußten Stolz und glauben alle diejenigen als politische Toren und Kurzsichtige abweisen zu sollen, die nicht ihrer eigenen Ansicht waren. Diese Herren sind die Totengräber der nationalliberalen Partei in Hessen; sie können sich aber auch rühmen, wieder einmal tiefgehende Mißstimmung auch in die Wähler unserer Partei außerhalb Hessens getragen zu haben. Wahrhaftig, es ist dringend nötig, daß wir uns vor unseren eigenen Freunden mehr haben, als vor unseren Feinden!

**Deutsches Reich.**

— Ein letzter Appell des Kanzlers? Die „Münch. Ztg.“ will von gut unterrichteter Seite erfahren haben, der Reichskanzler bereite sich zu einem Reduelli mit der äußersten

Linken, vielleicht aus Anlaß der Verkündung der Wahlparole für Siegen-Ridda, vor. Herr v. Bethmann dürfte aus diesem Anlaß einen letzten dringenden Appell an die bürgerlichen Parteien richten. — Diese Meldung beruht auf Erfindung. Wie die „Tägl. Rundschau“ mitteilen kann, denkt der Kanzler gar nicht an ein solches Reduelli, am wenigstens aus Anlaß der Wahlparole Siegen-Ridda.

**Badische Politik.**

Aus der Partei.

— Wallstadt, 20. März. Am gestrigen Sonntag fanden hier nicht weniger als drei öffentliche Versammlungen statt. Während die Sozialdemokraten in der „Linde“ und die Zentrumskomitee im „Pflug“ tagten, hatten die Nationalliberalen die schriftliche Einladung zu einer Versammlung in die Wirtschaft „Prinz Max“ ergehen lassen. Trotz des schönen Sonntagswetters war hier eine stattliche Anzahl liberaler Männer erschienen. Der Vorsitzende des nationalliberalen Ortsvereins Wallstadt, Herr Volker, eröffnete die Sitzung und erteilte Herrn Direktor Dr. Bernhard Weber-Mannheim zu seinem Vortrage „40 Jahre Deutschland“ das Wort. Der Redner entwarf zunächst ein feindseliges Bild von den Schicksalen des deutschen Volkes, bis es seinen Weg zur Einigung gefunden. Dann schilderte er die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in den letzten vierzig Jahren seine sozialen und kulturellen Leistungen unter dem Schutze des Friedens. Redner erwähnte zum Schluß in eindringlichen Worten, angelehnt an das Erreichte froh zu sein des Vaterlandes, überhaupt über allem Parteihader die Freude am Dasein nicht zu vergessen. — Die Versammlung war den 1 1/2 stündigen Ausführungen mit großem Interesse gefolgt und spendete am Schluß lebhaften Beifall. In der sich anschließenden sehr angeregten Aussprache forderte Herr Sid. Harman-Mannheim die Anwesenden auf, bei den kommenden Wahlen aus den Ausführungen des Redners die Schlüsse zu ziehen. Herr Parteisekretär Wittig gab einen kurzen Ueberblick über die politische Lage und die Stellung der Parteien zueinander und Herr Sid. Kleinmuth betonte das warme Eintreten der Nationalliberalen Partei für die Landwirtschaft. Herr Lehrer Arnold-Wallstadt wies darauf hin, daß ein engerer Zusammenschluß aller liberaler Bürger auch hier am Orte erforderlich sei. — Alle diese Ansprachen wurden beifällig aufgenommen. Freudig wurde die Anregung begrüßt, demnächst einen Lichtbildervortrag stattfinden zu lassen. — Es ist zu hoffen, daß nun auch hier in Wallstadt wieder ein regeres Parteeleben eintreten wird.

**Aus Stadt und Land.**

Mannheim, 20. März 1911.

**Vortrag Prof. Wahrmunds im Antiklramontanen Reichsverband.**

Die Ortsgruppe Mannheimer-Ludwigshafen des A. K. R. hatte am Samstag Abend an einer öffentlichen Versammlung in das Gesellschaftshaus Ludwigshafen eingeladen, für die der bekannte Vorkämpfer der modernistischen Bewegung in Oesterreich, Prof. Wahrmund, als Redner gewonnen war. Der Vortrag war demnach sehr gut besucht und wurde von Beginn der Veranstaltung polizeilich geordert worden. Es mögen wohl 1/2 Tausend Personen, darunter zahlreiche Damen, gewesen sein, die Saal und Galerie bis in die letzte Ecke füllten. Bis vor die Saalungänge standen die Zuhörer wie eine Mauer. Der Vortragende Dr. Welt mochte in seiner Eröffnungsansprache der Versammlung die Mitteilung, daß Prof. Wahrmund nicht wie vorgelesen über den Ursprung des Christentums sprechen werde, sondern über das sehr aktuelle Thema: „Die Trennung von Staat und Kirche“.

Als die sehr lehrreiche Erörterung Prof. Wahrmunds vor der Versammlung erschien, begrüßte ihn dräuender Applaus. In seinem über 1 1/2 Stunden währenden Vortrag erörterte Prof. Wahrmund alle Phasen der geistigen Kämpfe, die die Gesellschaft seit dem Mittelalter um die Befreiung aus dem ewigen Banne führte. Die überaus feinsinnige Art, wie der Redner die Notwendigkeit der Trennung von Staat und Kirche begründete, rief das öfteren härmlichen Beifall hervor. Die geistreichen Darlegungen, in denen Prof. Wahrmund die beiden Faktoren Christentum und Kirche in klarer Form auseinandergesetzt, gipfelten in der Schlussfolgerung, daß die äußere Trennung von Staat und Kirche nur noch eine Frage der Zeit sei. Seit dem Jahre 1848 sei die Umgestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche nicht mehr von der Tagesordnung verschwunden. Die innerliche Trennung der Kirche von der Gesellschaft habe sich im Abendlande an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert angebahnt, und sei bei der großen französischen Revolution abgeschlossen gewesen. Vorher handelte alles im Banne der Weltanschauung, die von der katholischen Kirche geschaffen worden. Kirche und Staat galten als eine Einheit, bei der es wohl zwei Gewaltträger, den Papst und den Kaiser gab, der letztere sich aber dem erhabeneren der beiden unterordnen mußte, daß der Kaiser nur ein Exekutivorgan des Papstes war. Der Verkauf der Indulgenzen führte zur innerlichen Trennung. Hatte im Mittelalter der Klerus durch die Gesellschaft den Staat beherrscht, so sollte im 16. Jahrhundert, als die Gesellschaft von der Kirche loszulassen begann, die Ge-

ellschaft durch den Staat beherrscht werden. Mit allen Mitteln suchte der Klerus seine frühere Macht wieder zurückzuerlangen. Namentlich schenkte aber dem Klerus doch die Unkenntnis gekommen zu sein, daß er auf diesem Wege nicht wieder zu seiner früheren Machtstellung gelangen konnte, er suchte die Herrschaft eines Bündnisses zwischen Staat und Kirche. Und da habe sich die katholische Kirche als eine sehr geschickte Diplomatin erwiesen, sie will durch diesen Frontwechsel durch die Gesellschaft den Staat beherrschen, aber nicht mehr vom kulturellen, sondern vom politischen Standpunkte aus, gebietet sie natürlich dabei als liberal, sozial und humanitär. Bis jetzt ist es aber ihr noch nicht gelungen, irgend eine der liberalen, sozialen oder humanitären Grundforderungen zu erfüllen. Die Massen sollten dem Klerus den Thron der Kirche zurückerobern und darum mühte heute der Modernismus die Fingel des Klerus zu zerschneiden. Da Zwangsmaßnahmen nicht mehr anwendbar sind, wird dieser Kampf durch Agitation und Organisation geführt und ganz besonders ist der Kirche bei diesem Kampfe der Einfluss in der Volksschule von Wichtigkeit. Gegenüber dem Kampfe des Klerus, der mit den brutalsten Mitteln seine Machtstellung zurückzuerlangen sucht, untersteht der Referent die zwei Fronten: die Frauen, die die Zugehörigkeit zu der katholischen Kirche als eine konventionelle Formlichkeit betrachten und nicht die Konsequenzen ihrer innerlichen Reue zugeben und jene, welche sich in freie Religionsgesellschaften zusammenschließen. Bei der rücksichtslosen Verfolgung dieser freien Religionsgesellschaften habe sich leider der Staat vollständig von dem Klerus und Schwestern nehmen lassen. Er wolle damit gegen seine eigenen Kräfte, Er arbeite dem Materialismus in die Hände und man brauche sich nicht zu wundern, wenn schwarz und rot die Zukunft beherrschen werden. Den Liberalen habe man zum Programm die Toleranz gemacht. Beim Klerus stehe die Intoleranz gegenüber. Intoleranz ist aber nicht Toleranz. Der Referent ist der Überzeugung, daß die Entwidlung mit Naturnotwendigkeit an dem Punkte gelangen werde, wo die führenden Kräfte fragen müssen, ob die Kirche noch eine nennenswerte Rolle im Staate spiele und wenn dies nicht mehr vorliege, würde sich auch eine legislative Form der Trennung von Staat und Kirche finden. Der Staat, der allen Konfessionen Schutz und Tuldung gewährt, soll in seinem Inneren die Konfessionen nicht dulden. Mit einem warmen Wapen an die Anwesenden, zu einem gemeinsamen Kampfe in dem A. K. R. schloß Redner unter minutenlangem härmlichen Beifall seine geistreichen Ausführungen. In der kurzen Diskussion folgte u. a. Heber Vorhalt die Theile auf Trennung des Staates von der Kirche um des Staates willen, aber auch um der Kirche willen.

\* Ordensauszeichnung. Der Großherzog hat dem Fabrikdirektor Kommerzienrat Adolf Benzinger in Mannheim die Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen königlich preussischen Ordens Adler-Ordens vierter Klasse erteilt.

\* Aus dem Staatsdienst entlassen wurde Regierungsbaumeister Richard Koch in Heidelberg auf Ansuchen unter Befreiung des Eheleibers Regierungsbaumeister, jedoch mit dem Beifuge a. D.

\* Ernannt wurde zum Großherzog der von der Kirchengemeinde Pörsch gewählte Pfarrer Dr. Hermann Greiner in Höchst am Main der Stadtparochie in Pörsch.

\* Antwerpener Internationale Ausstellung 1911. Für eine Exposition Internationale d'Alimentation, Prosserie, Vins u. Miners etc., die vom September bis November 1911 in Antwerpen stattfinden soll, wird a. St. auch in Deutschland Propaganda gemacht. Trotzdem dem Ehrenkomitee der Ausstellung hochstehende Persönlichkeiten angehören, kann die „Ständige Ausstellungskommission für die deutsche Industrie“ eine Beteiligung nicht empfehlen.

\* Golbene Jubelfeier im Mannheimer Sängerbund. In einer schönen und in ihrer Art wohl seltenen Veranstaltung hatten sich die Mitglieder und Freunde des Mannheimer Sängerbundes am Samstag Abend im Wallhaufe äußerst zahlreich eingefunden. Es galt, die beiden Gefangenen Gottfried Krug, Ehrenpräsident des Vereins und dem Ehrenmitglied Franz Schund, die beide in diesen Tagen auf eine 50jährige Zugehörigkeit zum Sängerbund zurückblicken können, in würdiger Weise zu ehren. Daß bei dieser Gelegenheit die Anhängerschaft des Vereins fast vollständig zur Stelle war, ist ein erfreuliches Zeichen, wie voll die Bedeutung der Feier gewürdigt wurde. Wenn man dann auch noch die Tatsache rechnet, daß der eine der beiden Jubilare, nämlich Franz Schund, noch heute in muntergültiger Weise als aktiver Sänger im Vereine tätig ist, so wird man unter den Mitgliedern wohl freudig den Beschluß des Vorstandes vernommen haben, dieses seltene Fest in einer aus dem Rahmen der üblichen Ehrungen hinausgehenden Weise zu feiern. Es herrschte eine festliche Stimmung im Saale. Zu beiden Seiten des Podiums hatte man gefällige Gruppen von Lorbeerblumen und sonstigen Blütpflanzen zusammengestellt. Die Damen waren in frühlingstreibendem Hell gekleidet. Als die beiden Jubilare den Saal herein- und zu ihren Ehrenplätzen geführt wurden, mußten sie das Spalier der Festdamen passieren. In beiden Seiten erhoben sich die Anwesenden ehrend von den Sitzen. Zu gleicher Zeit rauschte auch die E. M. v. Weberische Jubelouvertüre des Orchesters Kapelle Reiermann, die Herr Hofmusikant dirigierte, durch den Saal. Alsdann sang der Chor „Die Almacht“ von Schubert in ausgezeichneter Vertassung. Das Solopart für Sopran betrat Frau Rose Stegmann, deren kräftiges und wohlklingendes Organ die Gesamtdarbietung sehr günstig beeinflusste. Im Klavier begleitete Max Becker den Chor mit seinem vorzüglichen. Als die erhebenden Akkorde des prächtigen Chores, der vielleicht etwas wichtiger hätte wiedergegeben werden müssen, verklungen, betrat Professor Drees, der erste Vorsitzende, das

**Ruggiero Leoncavallo: Maia.**

Italisches Drama in 3 Akten.

Erstaufführung am Berliner königlichen Opernhause.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

□ Berlin, 10. März. In der königlichen Oper war in dieser Spielzeit wenig zu vermelden. Vor allem kein neuer Gewinn zu dem ohnehin nicht gerade unwürdevollen Selbsterwerb; in Hinblick auf die Tätigkeit der Oper war eine Reueinstudierung der „Jaubertliebe“ und die Erstaufführung von Gumpelbinder „Königskinder“. Und als ob sonst in demselben Saal nichts Neues komponiert werden sei, wird kurz vor Lorenzschluß nach schnell des Italiens Leoncavallo letzte Schöpfung „Maia“ herausgebracht. Leoncavallo hat — besonders durch seinen „auf allerhöchsten Befehl“ komponierten „Roland von Verste“ — Oemalrecht an der Berliner Oper erworben, kraft dessen auch „Maia“ legt an dieser Bühne ihre Erstaufführung erleide. Eine andere Urkunde, vor allem eine im künstlerischen Werte dieser Oper gegründete, ist kaum zu erkennen.

Raja ist eine junge Ömerin aus der südfranzösischen Gegend, in Diensten des alten Gernata, zu dessen Sohn sie in leidenschaftlicher Liebe entbrannt ist. Die Liebe Maia wird von Gernata's Sohn, Renaud, erwidert. In der Ferne als Soldat scheint Renaud jedoch Maia zu vergessen, die doch ihm handhaft den Liebeswerbungen des kalten und lapidaren Olyrenz Torias widersteht. Bis dieser erzählt, daß sie Renaud auf dem Volkstische in Beaucaire wiedersehen werde, jedoch am Arme einer andern — seiner Frau. Für diesen Fall verspricht Maia, Torias Geliebte zu werden. Zwar kehrt Renaud zurück und gibt sich mit Maia nächstherweise ein Stellbildnis, am anderen Tage aber brät Gernata auf dem Volkstische dem Piratenvolke Renaud und die ihm aufgenommene reiche Braut vor. Nach einer bewegten Szene zwischen Renaud und Maia wird die hier die Torias in die Arme. Stärker jedoch als vorherjam und Olyrentiebe ist bei Renaud die Liebe zu Maia; und auch diese vermag ihre alte Liebe nicht zu verdrängen. In der Höhe will sie Vergessenheit finden, ihr Weg kreuzt sich mit dem des feherden Olyrenz. Schon glauben sie sich wieder-

vereint, bereit zur Flucht, als Torias dazwischenkommt und mit dem Dolche aus den Redenswähler einwärts. Auch dieser nicht das Messer, Raja stirbt sich zwischen die Streitenden und wird von Renaud's Dolch getroffen. Im Sterben sagt sie sich von Torias los und gibt ihren Geist in Renaud's Armen auf.

Das Libretto ist von Paul de Choudens, einem bekannten Pariser Musikverleger, verfaßt. Niemand wird sagen können, daß das Buch besonders wertvoll ist. Koh gestimmert ruht es auf billigen Effekten und effektiv-theatralischer Dramatik, ohne tiefere Psychologie und ohne viel Handlung. Der Oberregisseur der Kgl. Oper, Georg Drexler, hat sich der Mühe unterzogen, den Text ins Deutsche zu übertragen. Mit der Wahl dieses Stoffes sah die Komposition eine besondere Aufgabe zu lösen; wie er in einem Interview erzählt, hat er mit Maia das Ziel erreicht, für die Provence zu werden, was Bizet mit der „Carmen“ in Spanien gemeldet ist. Aber der Geist ist witzig, und die Musik ist schwach.

Wie in „Pagliacci“ ganz besonders, so hat sich Leoncavallo auch in „Maia“ durchaus den Forderungen der veristischen Schule der Jungitaliener unterworfen, wenn auch nicht zu vollkommen ist, daß er isolieren von ihnen abweicht, als die Melodie einen breiteren Spielraum gewonnen hat. Leider ist das nicht immer ein Gewinn für diese Oper Leoncavallo's, das weiche ist geradezu gemeingefährlich banal und trivial. Das war wohl auch die Ursache des äußeren Erfolges der Berliner Erstaufführung, besonders nach dem dänischen-sängerhaften Ende des zweiten Aktes. Möglich, daß sich manches aus Maia daselbst nicht recht in den Strophen und Nachtgesangs Verstand erobert wie etwa: „Daj me Maia!“ Damit wäre allerdings das Urteil über den wendigen Leoncavallo gesprochen. Die Gerechtigkeit verlangt jedoch, daß auch, was gut ist, anerkannt wird. Vor allem betrifft das die Anfänge an Bizet und Verdi, aber wir befürchten, daß für dieses Lob der Stempel wenig Bekanntheit haben wird. Gut erstanden sind das Feinliche, das baldendste Lieb Renaud's: „Moi, moi, Marion!“, die Liebesbeteure sowie die Tänze und das benetzte und farbenfreundliche Volkstanz. Hier zeigen sich die Vorzüge Leoncavallo'scher Musik, wie wir sie in den Pagliacci fanden: in Kontrast gepaart mit süßlichem Temperament.

An äußerem Aufwand gedraht es der gestrigen Aufführung nicht. Der Orchester hatte sich des Wertes mit besonderer Liebe und Sorgfalt angenommen, und dem Orchester kann in der Tat nur Glück nachgesagt werden. In der Darbietung aber zeigte sich wieder die trotz Unzulänglichkeit des Opernensibles, wohl befriedigende konnte der Darsteller. Am ehesten gelang es noch Frau Krug, die eine temperamentvolle leidenschaftliche Maia gestaltete; während wurde aber das formidierende Drama ihrer Stimme. Der Torias des Herrn W. Schaff war ein alles forciertes Gefesse, der Renaud des Herrn Maclean anzu moit und farblos. Leoncavallo mußte sich nach dem zweiten und dritten Akt wiederholt dem Publikum zeigen. Ueber einen Achtungserfolg brachte es freilich die gebräute Erstaufführung nicht hinaus.

**Theater, Kunst und Wissenschaft.**

Wiesbadener Mallespiele. Dem Kaiser sind, nach Mitteilung der Intendantur des Wiesbadener Hoftheaters, für die Mallespiele nunmehr folgende Stücke zur Aufhebung vorgelegt worden: „Die weiße Dame“, „Kaufmann Schenck“, „Die Stimme von Portici“, und „Der Herr“. Ferner soll „Der Verdammte“, mit Konrad Treber als Gast, ebenfalls auch die Oper „Acte“ von Joan Ronen aufgeführt werden, und zwar dieses Werk auf besonderen Wunsch des Königs von Spanien.

Ein ungeheurer Ausbruch der Sonne ist nach dem „N. Y. C.“ kürzlich auf der Sternwarte von Adolfsaal in Sardinien beobachtet worden. Höhe und Dauer dieses Ausbruchs, der in der bekannten Form einer Protuberanz am Sonnenrande sichtbar war, erweilten sich als durchaus ungewöhnlich. Als die Protuberanz zum erstenmal photographiert wurde, hatte sie die Höhe von fast einer Wagenminute und bedeckte rund 16 Breitengrade des Sonnenabes. Weiterhin wuchs die Breite bis auf 30 Grad, die Höhe bild auf 30 Sekunden. Die Sichtbarkeit dauerte in mehr oder weniger deutlicher Form 22 Tage, da die Protuberanz auch auf der Sonnenrückseite sichtbar, also außerhalb des Randes wahrzunehmen war. Genau Messungen, die an den Photographien vorgenommen wurden, zeigten, daß diese bunten Massen von Calcium- und Wasserstoffdampf, die in der Höhe



Sta. Kromer erlucht um eine bessere Wasserversorgung des Friedhofs. Für Trinkwasser sei gar keine Gelegenheit vorhanden. Auch sonst seien die Wasserhältnisse auf dem Friedhof nicht die besten.

Sta. Krieger schließt sich dem Vorratgeber an. Bürgermeister Ritter: Ich weiß nicht, warum in Heidenheim eine gewisse Erregung herrscht. Das Wasser aus dem Käferthaler Wald ist genau so gut wie aus dem Heidenheimer Wasserwerk. Es kann den Heidenheimern eigentlich gleichgültig sein, wo die Maschine steht, die das Wasser pumpt. Es ist richtig, daß die Anregung kam, das Heidenheimer Wasserwerk still zu legen und zwar aus wirtschaftlichen Gründen. Das Heidenheimer Werk soll als Reserve benutzt und nur dann in Betrieb gesetzt werden, wenn an besonders heißen Tagen das Käferthaler Werk in eine gewisse Notlage käme. Für den Fall, daß dies geschehen würde, so wäre der Wasserturn auch eine gewisse Reserve für unser Wasserwerk. Die Stadt hat zu der Stilllegung des Heidenheimer Wasserwerks noch keine Stellung genommen, weil die Berechnungen der Direktion nur auf Nutzwagen stützen. Wir haben gesagt, es soll einmal abgewartet werden. Zunächst soll einmal das Heidenheimer Werk 1 Jahr lang in Betrieb gesetzt werden und wenn das Ergebnis vorliegt, wird der Stadtrat darüber Beschluß fassen. Eine Stellungnahme des Stadtrats in dieser Angelegenheit ist noch nicht erfolgt. Was die Resolution anbetrifft, so legt die Direktion des Gas- und Wasserwerks den größten Wert darauf, daß quartalsweise Berechnungen erfolgen. Es ist das natürliche Bestreben, solange wie möglich den Wasserverbrauch niedrig zu halten. Was die Leitung nach dem Friedhof anbelangt, so muß zuerst geprüft werden, ob es möglich ist, diese Leitung ohne alle große Aufwendungen zu machen.

Sta. Dr. Jeseffsohn begründet die Resolution der fortschrittlichen Volkspartei. Erspornisse und Mehrverbrauch müßten in Anrechnung gebracht werden und ein Ausgleich geschaffen werden.

Überbürgermeister Martin gibt zu, daß diese Feststellung schließlich dem Mieter ebenso wichtig sind, wie der Direktion. Wenn die Wasser nicht da wären, wären die Mieter niemals in der Lage, die Sache zu prüfen, daß ein gewisser Unterschied besteht.

Die Abstimmung über die Resolution der fortschrittlichen Volkspartei ergab, daß die erste Resolution angenommen wurde. Sta. Levi hält die Abstimmung über die Resolution nicht für richtig bedeutend.

Überbürgermeister Martin stimmt dem Vorratgeber bei. Der Stadtrat werde aber doch die Sache erörtern. Die Abstimmung über die nächste Resolution der fortschrittlichen Volkspartei ergab die Ablehnung der Resolution.

Bei Hof. 6. „Ablieferung der Gaswerkstoffe“ begründet Sta. Levi die sozialdemokratische Resolution: „Wir beantragen die Erhebung des Gaspreises von 14 auf 13 Pf.“ Redner bemerkt dazu, daß man im Interesse der Steuerzahler erwarten dürfe, daß der Stadtrat den Wünschen seiner Fraktion nachkomme.

Bürgermeister Ritter: Es ist außerordentlich schwer, den Beweis zu führen, daß eine Herabsetzung des Gaspreises eine Steigerung des Verbrauchs im Gefolge hat. Im letzten Jahre wurden fast in jeder Sitzung des Bürgerausschusses größere Vorlagen gemacht betreffs Erweiterung des Gaswerkes. Nun ist darin ein Betrag von nahezu 2 Millionen investiert. Bis jetzt erscheint diese Summe nicht im Budget, aber schon im nächsten Budget wird der Betrag erscheinen. Ich möchte das Kollegium bitten, daß diese Resolution nicht angenommen wird.

Sta. Levi: Ich möchte Herrn Bürgermeister Ritter fragen, ob es ihm nicht bekannt ist, daß das neue Geschäftsjahr sehr günstige Ergebnisse bisher geliefert hat. Es seien ganz bedeutende Mehrerlöse bisher erzielt worden.

Bürgermeister Ritter: Es ist mir wohl bekannt, daß die Ergebnisse der ersten Monate sehr günstig waren. Im übrigen ist der Mehrverbrauch auf die große Zunahme von Gasautomaten zurückzuführen. Diese Einrichtung hat sich außerordentlich verbreitet und erfreut sich großer Beliebtheit. Dem Bürgerausschuß wird in seiner nächsten Sitzung eine neue Vorlage betreffs weiterer Einführung von Automaten unterbreitet werden. Aber den Beweis zu führen, daß der gesteigerte Konsum mit der Preisfestsetzung zusammenhängt, das ist sehr schwer und das muß ich Herrn Levi überlassen.

Sta. Levi: Die Mehrerlöse stehen auch im Budget verzeichnet. Der Herr Bürgermeister befindet sich im Irrtum. Oberbürgermeister Martin: Das kann sich nicht auf die Monate Januar und Februar beziehen. Sie beziehen sich auf den ganzen Monat.

Sta. Levi: Wenn der Herr Bürgermeister Zahlen angeben will, so muß er sagen, daß die Steigerung des Konsums nicht durch die Automaten erfolgt ist.

Bürgermeister Ritter: Ich möchte betonen, daß die Zunahme der Automaten eine viel größere geworden ist. Durch eine bessere Ausbreitung der Automaten kann der Konsum erweitert werden. Man kann eine ganz gewaltige Steigerung des Konsums durch Einführung der Gasautomaten erzielen. Aber das hat mit der Preisfestsetzung zusammenhängt, das ist schwer zu sagen und nicht zu beweisen, weil der Konsum schwankt.

Oberbürgermeister Martin: Jede Preisreduktion ist ein Risiko. Man kann nicht voraussagen, ob der Konsum zunimmt. Man muß mit der Preisreduktion immer vorsichtig sein und sie erst dann vornehmen, wenn man ein Risiko übernehmen kann. Ob der Preis für eine weitere Herabsetzung gekommen ist, ist sehr fraglich. Wenn die Resolution angenommen wird, so wird sich der Stadtrat mit der Sache befassen. Man kann ja schließlich eine Herabsetzung vornehmen. Die Abstimmung über die Resolution der sozialdemokratischen Fraktion ergab unentschieden Stimmgleichheit.

Bei Hof. 7. „Ablieferung der Elektrizitätswerkstoffe“, bringt Sta. Levi verschiedene Wünsche vor. Der Redner ist jedoch unentschieden.

Sta. Spielmeier: Ein Teil der Industriellen beklagt sich darüber, daß jetzt der § 6 der Bestimmungen des Elektrizitätswerks durchgeführt werden sollte, der aber bisher nicht durchgeführt wurde. Die Industriellen sagen, sie haben früher nicht darauf gerechnet, daß dieser Paragraph durchgeführt wird. In diesem Paragraph steht, daß 50 Pfennig für die Kilowattstunde bezahlt werden solle. Ferner kommt noch hinzu, daß ein Teil der Industriellen ein Reders unterschrieben hat, mit dem sie sich auf fünf Jahre mit einer bestimmten Summe oder Stromabnahme verpflichteten. Die Industriellen beklagen sich nun hierüber und fragen, warum sollen wir noch einmal unsere Reserven bezahlen. Ich gebe zu, daß die 50 Pf. nur für die Sperrzeit bezahlt werden sollen, also zu der Zeit, wo die Stadt den meisten Strom liefern muß. Die Stadt hat ja ein Interesse daran, daß nicht zu viel Strom entnommen wird. Aber die Industriellen sagen sich, der Unterschied ist doch ein zu großer. Ich möchte diesen Wunsch der Industriellen noch möglicher Berücksichtigung hier ansprechen und den Stadtrat bitten, ob nicht eine Ermäßigung des Preises stattdessen könne.

Sta. Ritter: Ich möchte dem Stadtrat die Frage zur wohlwollenden Prüfung andringen, ob nicht eine Revision der Gebührenordnung für den Bezug der elektrischen Kraft zweckmäßig erscheint

und zwar nach der Richtung hin, daß eine Entlastung der Kleinrenten und mittleren Geschäftskreise stattfinden kann. Was jetzt die Spannung des Gebührentarifs eine zu weitgehende. Der Höchstbetrag beläuft sich auf 30 Pf. pro Kilowattstunde. Der kleine Geschäftsmann und Handwerker wird dadurch benachteiligt. Ich spreche nicht von einer Erhöhung des Tarifs zu Gunsten der Großrentner, sondern zu einer Herabsetzung des Tarifs für die kleineren und mittleren Rentner. Ich weise darauf hin, daß die Regierung den Handwerkern die Einführung von Maschinen empfohlen hat und außerdem vorging, aber die großen Kosten für die elektrische Kraft sind nicht geeignet, dieses Bestreben zu unterstützen.

Der kleine Mann wird auch durch diesen Tarif benachteiligt bei der Kalkulation. Es ist ja klar, daß für den kleinen Mann 3 bis 500 Mark eine größere Rolle spielen als 2-3000 Mk. bei der Großindustrie. Ich glaube nicht, daß der Stadtrat durch eine Herabsetzung der Strompreise eine Einbuße erleidet; vielmehr dürfte durch die Ermäßigung der Gebühren eine viel größere Inanspruchnahme von Strom und eine härtere Ausnutzung von elektrischen Motoren stattfinden. Ich wäre sehr erfreut, wenn der Stadtrat diese Frage prüfen und durch die Herabsetzung sein Wohlwollen gegenüber den mittleren und kleineren Handwerkern bekunden würde.

Von Tag zu Tag.

Die Annierniepen. Berlin, 20. März. In einer Annierniepe schoß gestern ein Arbeiter auf eine Kellnerin und die Wirtin. Diese liefen davon um einen Schutzmännchen zu holen. Als sie zurückkamen, fanden sie den Attentäter verumwundet vor dem Schanktisch liegen. Er hatte sich eine Kugel in den Kopf gejagt und ließ nur noch schwache Lebenszeichen erkennen, während die Kellnerin unversehrt blieb, kamte die Wirtin, die verwundet worden war, die ihr beigebrachten Verletzungen zu Hause ärztlich behandeln lassen.

Ein Wüßling. Fürstentum 20. März. In einem Weinberge wurde eine junge Frau von einem Fremden überfallen und mit einem Faustschlag zu Boden gestreckt. Dann versuchte der Wüßling die Frau zu vergewaltigen. In diesem Augenblick kam ein Gutsbesitzer hinzu, er riß den Unhold von seinem Opfer und während er sich um sein Opfer bemühte, ergriff der Täter die Flucht.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Das Ehepaar Gath-Tuchlow Meist. Wie und woeben mitgeteilt wird, ist es der Intendanz gelungen, Herrn Kapellmeister Gath und seine Gattin, Frau Elie Tuchlow, zu bewegen, hier in Wannheim zu bleiben. Die neuen Verträge sind unterzeichnet worden.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Heidelberg, 20. März. Der ehemalige Assistent im hies. Mineralogischen Institut Boder hat einen Ruf als Professor der Mineralogie an der kaiserl. chinesischen Universität in Peking angenommen.

m. Köln, Nachdem der große Ueberlandflug vorläufig jurüdgestellt ist, planen mehrere große rheinische Städte einer Anregung von Köln aus folgendermaßen einen rheinischen Ueberlandflug zu organisieren, der im Anschluß an das Ausschreibungssiegen für das Gordon-Benett-Fliegen stattfinden soll. Der Flug wird von Köln aus über Aachen gehen, wobei Arefeld und Düsseldorf Stationen erhalten und in Essen der Flug beendet wird. Man rechnet mit einer Teilnahme von 12 Fliegern.

Berlin, 20. März. Heute früh entbeften Reinemacherfrauen in den Kontorräumen des Spezialgeschäftes Jakob und Valentin, daß das Geldschloß angebrochen war. Die Geldschrank-Inhaber erbeuteten 15 000 Mk. harten Geldes.

Berlin, 20. März. Die Budgetkommission des Reichstages bewilligte heute mit großer Mehrheit ein Darlehen an die ostafrikanische Eisenbahngesellschaft zur Fortführung der Eisenbahn von Es Salam Moropore bis Tabora sowie eine vierte Rate zu Vorarbeiten für die Fortführung der Bahn bis zum Tanganikasee in Höhe von 14 Millionen.

Die Wingerbewegung in der Pfalz.

Neustadt a. S., 20. März. Wie die Blätter aus Edenloben melden, wurden hier und in der Umgebung eine große Anzahl von Weinbergbesitzern, die erklärt hatten, daß sie ihre Winger nicht abtreiben lassen, mit Protokollen in der Höhe von 15 Mk. bestraft. Die Erregung nimmt deshalb auch hier und in den Nachbarorten St. Moritz wieder zu. Große Erbitterung herrscht über die in Mailkammer gefasste Resolution, in welcher die Regierung aufgefordert wurde, selbst unter Anwendung von Waffengewalt die oberpolizeilichen Vorschriften in den Gemeinden Edenloben und St. Moritz durchzuführen zu lassen.

Neustadt a. S., 20. März. Der Minister des Innern von Preußen ist heute morgen hier eingetroffen und hat sich in den Bezirk begeben, wo die Weinbauern der Gemeinden Mailkammer, St. Martin und Edenloben liegen.

Ernung eines alten Vetersans.

Wiesbaden, 20. März. Generalmajor z. D. Otto v. Sperling, der schon 1849 an dem Feldzug in Baden teilgenommen und zuletzt die 27. Brigade führte, feiert heute seinen 90. Geburtstag. Aus diesem Anlaß ging dem Offizier, der Ritter des Eisernen Kreuzes ist, folgendes Telegramm des Kaisers zu: Zum heutigen Tag, an dem Sie durch Gottes Gnade Ihr 90. Lebensjahr vollenden, spreche ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche aus. In den langen Jahren Ihrer Zugehörigkeit zur Armee haben Sie Ihren Königin und Ihrem Vaterlande insonderheit in 4 Feldzügen die besten Dienste geleistet und Sie können heute mit Stolz und Befriedigung auf diese Zeit zurückblicken, ausgezeichnet mit so schönen Kriegsdeltationen. Um Ihnen aber an diesem seltenen Tage noch ein erneutes Zeichen dankender Erinnerung Ihrer Verdienste zu geben, verleihe ich Ihnen hiermit den Charakter als Generalleutnant.

Berlin, 20. März. Wilhelm R. Unstimmigkeiten im französischen Kabinett.

w. Paris, 20. März. Der „Figaro“ will wissen, daß zwischen dem Ministerpräsidenten Monis und dem Finanzminister Caillaux anlässlich der Befragung des Generalgouverneurpostens von Algerien ein ernster Zwist ausgebrochen sei. Monis habe für diesen Posten den Größten Erlaud in Aussicht genommen, während Caillaux mit großer Entschiedenheit die Kandidatur des Generaldirektors des Zollwesens Delannoy befürwortete, und für diesen auch mehrere andere Minister gewonnen habe. Der Minister hat insofern bisher zu seinem Entschluß kommen können. Nunmehr soll der Präsident dem Zwist durch Ernennung einer parlamentarischen Persönlichkeit ein Ende machen.

Berliner Prachtbericht.

Das ehrengerichtliche Verfahren gegen Dr. Liebknecht. Berlin, 20. März. Die Geschäftsordnungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses beriet in ihrer heutigen Sitzung den sozialdemokratischen Antrag auf Einstellung des ehrengerichtlichen Verfahrens vor der Kammer in Berlin gegen den Abg. Dr. Liebknecht wegen seiner Jaren-Resolution auf dem Magdeburger Parteitag. Nach langer und lebhafter Debatte lehnte die Kommission mit großer Mehrheit die Einstellung des Verfahrens ab. Es bleibt also vorläufig bei dem ehrengerichtlichen Schritt gegen Dr. Liebknecht.

Ein Ballonunglück.

Berlin, 20. März. Aus Arefeld wird gemeldet: Der gestern in Arefeld aufgestiegene Ballon „Düsseldorf 4“ wurde in den Jüdischer getrieben. Der Ballonführer Paul Kayser der Niederrheinischen Vereinsluftschiffahrt wurde bis heute nicht aufgefunden, man nimmt an, daß er den Tod in den Wellen gefunden hat. Der Mitfahrer Otto Schröder wurde ebenfalls aufgefunden. Paul Kayser ist der Sohn des bekannten Metallwarenfabrikanten, die das Kayserjahn in den Handel gebracht hat. Die Kunde von dem Unglück wurde hier durch ein Telegramm an Frau Kayser bekannt. Der Sohn Kayser ist sofort nach dem Jüdischer abgereist. Der Ballonführer Schröder ist Kaufmann und 30 Jahre alt. Schröder ist ein bekannter Führer des Niederrheinischen Flug-Vereins und hat schon 62 Fahrten mitgemacht, ein Ballon ist auf seinen Namen getauft worden. Paul Kayser hat gleichfalls schon eine Reihe von Fahrten mitgemacht, bis zum 1. Oktober 1910 siebenzehn, davon 10 als verantwortlicher Führer.

Eine Spionageaffäre.

Berlin, 20. März. Aus Bremen wird gemeldet: Zur Hamburger Spionage-Affäre wird gemeldet: An Bremen amtlichen Stellen ist eine Mitteilung über die Spionage auf den Kriegsschiffen nicht zu erlangen, da die Untersuchung durch den Reichsanwalt unter Unterhütung der Hamburger Staatsanwaltschaft streng geheim geführt. Auch auf der Ritter-Gesellschaft Wefer, die für den Bau von Kriegsschiffen in Betracht kommt, war über die Affäre nichts bekannt. An amtlicher Marinestelle in Berlin sind über die Hamburger Spionage-Affäre noch keine näheren Einzelheiten eingetroffen, doch ist soviel bekannt, daß es sich doch um eine ernsthafte Angelegenheit handelt, da die Hofpolizei und die Hamburger Staatsanwaltschaft die Sache durchaus rigoros verfolgt. Aus dem in der Öffentlichkeit bereits bekannten Flottenprogramm des Deutschen Reiches geht hervor, daß die Schiffsbaupläne in Hamburg und Bremen entwickelt worden sein sollten; in Hamburg handelt es sich um den Panzerkreuzer „Moltke“, der auf der Werft von Blohm u. Voß gebaut wird, in Bremen um das Linienschiff „Thüringen“, das auf der Werft gebaut wird.

Aus Hamburg wird zu der Angelegenheit noch gemeldet: Es beschäftigt sich, daß ein Engländer und 4 Hamburger Werftangehörige unter dem dringenden Verdacht der Spionage verhaftet worden sind. Der Engländer hat tatsächlich versucht, durch Befragung von Werftangehörigen die genauen Angaben und Zusammenstellungen über die Beschaffenheit und Größenverhältnisse der Kriegsschiffneubauten der deutschen Marine zu erfahren und nach England mitzutellen. Bremen kommt dabei weniger in Frage. Sonst auf der Vulkanwerft in Hamburg als auf der Werft von Blohm u. Voß sind seit einiger Zeit deutsche Kriegsschiffe in Bau. Auf Erkundigungen bei der Vulkanwerft teilte die Direktion mit, daß sie die Angelegenheit erst aus den Zeitungen erfahren habe. Die Direktion der Blohm u. Voßschen Schiffswerft teilt ebenfalls mit, ihnen sei von der Spionage-Affäre nichts bekannt. Trotz dieser Ablehnung handelt es sich aber um eine regelrechte Spionage. Die Hamburger Polizeibehörde hat die Verhaftung bereits vor 8 Tagen vorgenommen. Sie hatte schon längst Kunde von dem verdächtigen Treiben des Spions und seiner Komplizen, aber sie wartete mit der Verhaftung, bis das Material so beläufig war, daß die Verdächtigen überführt werden konnten und sie nahm dann einen Coup vor, indem sie gleichzeitig den Engländer und drei Helfershelfer verhaftete. Am Tage darauf wurden noch 4 Komplizen festgenommen. Die Behörden hatten die Affäre geheim gehalten, damit anderen Personen, die ebenfalls verdächtig sind, nicht gewarnt werden konnten und ferner um etwaige Auftragegeber und Hintermänner zu ermitteln. Ueber die Person des Engländer kann noch nichts mitgeteilt werden, auch die Namen der anderen Verhafteten sind noch nicht bekannt. Demnach, wenn die Angelegenheit eingehender untersucht ist, sollen der Presse nähere Angaben gemacht werden und zwar wird dies voraussichtlich von der militärischen Seite aus, vom Reichsmarineamt geschehen. Der Fall wurde sofort dem Reichsgericht in Leipzig gemeldet. Ein Untersuchungsrichter ist noch nicht ernannt.

Londoner Drahtnachrichten.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

Die Revolution in Paraguay niedergeboren. London, 20. März. Ein Telegramm der „Times“ aus Buenos Aires meldet, daß die Revolution in Paraguay nach einem heftigen Kampfe bei Villa Rosario niedergeboren wurde. Der Diktator Jara, der die Truppen selbst kommandierte, errang einen entscheidenden Sieg. Die Rebellen wurden vollständig auseinander getrieben, ihr Führer Dr. Rubolfo Riquelme starb den Tod auf dem Schlachtfeld. Die meisten Rebellenführer fielen in die Hände der Sieger und ihre Scharen wurden zerstreut. Der Diktator gibt zu, daß 4 seiner besten Offiziere und gegen 100 Mann seiner Truppen getötet wurden. Ueber die Verluste der Rebellen fehlen noch nähere Mitteilungen, es sind aber zweifellos viele Aufrechter gefallen.

Rußland und China.

London, 20. März. Der Vertreter der „Times“ in Peking teilt, daß die am Samstag abend überreichte Antwortnote Chinas auf die letzte russische Note in einem freundlichen und entgegenkommenden Tone gehalten sei. Darin werde Rußland das Recht zugesprochen, einen Konsul in Koido zu ernennen. Weiter gibt die Note den russischen Kaufleuten das Recht des Freihandels in der Mongolei sowie innerhalb der großen Mauer nördlich und südlich des Panzhanggebietes. Der Korrespondent sagt, die Chinesen seien davon überzeugt, daß diese Antwort Rußland genügen werde.



Table with 2 columns: 18. 20. and 18. 20. containing financial data for 'Staatspapier, A. Deutsche'.

Table with 2 columns: 18. 20. and 18. 20. containing financial data for 'Kleinen industrieller Unternehmen'.

Table with 2 columns: 18. 20. and 18. 20. containing financial data for 'Bergwerkaktien'.

Table with 2 columns: 18. 20. and 18. 20. containing financial data for 'Kleinen deutscher und ausländischer Transportaktien'.

Table with 2 columns: 18. 20. and 18. 20. containing financial data for 'Bank- und Versicherungs-Aktien'.

Table with 2 columns: 18. 20. and 18. 20. containing financial data for 'Pariser Börse'.

Table with 2 columns: 18. 20. and 18. 20. containing financial data for 'Berliner Effektenbörse'.

Table with 2 columns: 18. 20. and 18. 20. containing financial data for 'Londoner Effektenbörse'.

Table with 2 columns: 18. 20. and 18. 20. containing financial data for 'Wiener Börse'.

Table with 2 columns: 18. 20. and 18. 20. containing financial data for 'Säufahrts-Nachrichten im Mannheimer Hafenverkehr'.

Table with 2 columns: 18. 20. and 18. 20. containing financial data for 'Überseefische Schiffsahrts-Telegramme'.

Table with 2 columns: 18. 20. and 18. 20. containing financial data for 'Telegraphische Schiffsahrts-Nachrichten des Norddeutschen Lloyd in Bremen'.

Text block containing news about 'Dampfer-Expeditionen des Norddeutschen Lloyd in Bremen'.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Table with 3 columns: 'Wir sind als Goldkontrahenten unter Verbehalt', 'Verkauf', and 'Käufer'.

Text block containing 'Responsible' information and contact details for Marx & Goldschmidt.

Advertisement for 'Mondamin' milk powder, featuring a logo and text about its benefits for children and the elderly.

Advertisement for 'Gleich- und Drehstrom-Elektromotoren' by Stotz & Cie., including technical specifications and contact information.





# Stenographischer Reichstagsbericht

## Wannheimer Generalanzeigers

### mb. Deutscher Reichstag.

161. Sitzung, Sonnabend, den 18. März.  
Am Ufse des Bundesrats: Dr. Delbrück, Richter,  
Caspar, Dr. v. Gonquierez.  
Vz. Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um  
11 Uhr 20 Min.

### Der Etat des Reichsamts des Innern.

Siebenter Tag.

Zum Kapitel „Kaiserliches Gesundheitsamt“ be-  
trägt die Budgetkommission eine Resolution, die den  
Reichsanwalt ersucht, die Bekämpfung der Maul- und  
Klauenseuche, bezw. die Erforschung ihrer Ursache von  
Reich wegen zu fördern und hierfür im Bedarfsfall Mittel anzu-  
fordern. Eine Zentrumresolution verlangt eine Ver-  
änderung des Schlachtvieh- und Viehbesetzungsgesetzes auf Gebüh-  
renfreiheit und Uebernahme der amtlichen Unter-  
suchungskosten auf die Bundesstaaten. Eine weitere  
Resolution des Zentrums ersucht um eine Viehseuchen-  
novelle, durch die die Entschädigungspflicht des Staates aus-  
gedehnt wird auf Viehverluste, welche durch Maul- und  
Klauenseuche und deren Folgen herbeigeführt werden.

Abg. Kanner (Zentr.)

Begründet diese letzte Resolution aus dem Interesse der bayerischen  
Viehbesitzer und der Volksernährung.

Abg. Graf Kanitz (Konsl.)

Spricht gleichfalls für diese Resolution. Die ostdeutsche Landwirtschaft  
wird durch die Einschleppung der Seuche aus Ostpreußen und  
Rußland schwer geschädigt. Der indirekte Schaden ist dreimal  
so groß als der, der den Viehbesitzer direkt trifft. Das preussische  
Viehwirtschaftsamt hat eine Resolution beschlossen, wonach die Ent-  
schädigung aus Provinzialfonds erfolgen soll. Diese reichen aber  
nicht aus; die Resolution des Abgeordnetenbeschlusses genügt und  
auch deshalb nicht, weil sie die Unterstützung nur geben will,  
wenn die Existenz des Viehbesitzers in Frage steht. Natürlich darf  
der Schaden nicht voll ersetzt werden, weil der Viehbesitzer dann  
in seiner Sorgfalt nachlässig würde. Aber wenn keine Entschädigung  
erfolgt, ist die Gefahr der Verheimlichung der Seuche groß.

Abg. Bietzsch (Soz.)

Spricht über die Tuberkulose. Die Angaben über die Zahl  
der jährlichen Erkrankungen schwanken zwischen 800 000 und  
1 800 000. Aber zur Bekämpfung der (schweren) aller Seuchen  
findet sich in dem Haushaltsetat des Reiches nur ein Fonds  
in einem Ziel verzeichnet, ein Fonds von 100 000 Mk. Davon  
werden 80 000 Mk. an die Zentralstelle für die Bekämpfung der  
Tuberkulose gegeben und im übrigen beschränkt sich die Tätigkeit  
des Reichsgesundheitsamtes auf die Herausgabe eines Merkblatts.  
Die Maßnahmen der Verwaltungsbehörden, Gemeindevor-  
stände, Kreisverwaltungen und Bezirksamtsstellen, die die Bekämpfung  
der Seuche betreffen, sind vor allem kommt es auf die Prognose  
an und das ist Sache des Reiches. Dringend nötig ist eine Kontrolle  
der Arbeitsräume, denn die Tuberkulose ist zu einem großen Teil  
eine Gewerbe- und Berufskrankheit. Der Arbeiter  
erkrankt u. a. besonders die Verhältnisse in den oberirdischen  
Glasfabriken und nimmt Bezug auf die Unter-  
suchungen des Prof. Sommerfeld. Den Gewerbeinspektoren ist  
ein Brief vom Reichsamt des Innern gegeben; Stadt und Kreis  
nicht in Dinge, die auch nicht angegeben, damit ihr nicht den  
Behauptungen über die unzulässigen Wohnungsverhältnisse  
verhältnisse recht geben müßte. Man darf heutzutage nicht mehr  
sagen, wie es draußen aussieht, hat dessen Komplexion. Wes-  
senbergs schmalen Recht es in den Porzellanfabriken; die  
Unternehmer trauen sich gegen die numerischen sanitären Maß-  
nahmen. Man hat wohl auch durch den Einfluß des Unternehmers  
die Gewerkschaften verbunden, sich an der Hygieneausstellung  
in Dresden durch positive Arbeit zu beteiligen. Man wolle  
nur die Lichtseiten der Heimarbeit darstellen lassen. Es ist aber  
solche Lichtseiten gar nicht gibt, konnte die Arbeiterschaft nicht  
in der Ausstellung mitarbeiten.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die Hygieneausstellung in Dresden ist ohne jede Mitwirkung  
des Reiches veranstaltet worden. Ich bin also nicht in der  
Lage, zu den Vorwürfen des Vorredners Stellung zu nehmen.  
An die Gewerbeaufsichtsbeamten ist eine Anordnung, wie sie der  
Vorredner erwähnt hat, weder im Reich noch in Preußen er-  
gangen. Wir sind dabei, Vorkehrungen zur Bekämpfung der  
Tuberkulose und der Viehkrankheiten auszuarbeiten. Die Sta-  
tistik hat übrigens ergeben, daß die Zahl der Tuberkulose-  
Erkrankungen nicht so groß ist, als man bisher annahm. An sich  
ist die Seuchendämpfung Sache der Einzelstaaten. Das Reich  
hat eigentlich nur die wissenschaftliche Prüfung dieser Fragen zu  
fördern; die Durchführung der Bekämpfungsmaßnahmen muß den  
Einzelstaaten überlassen bleiben. Wir sind jedoch, daß wir die  
Ursache der Krankheit kennen, und über die Mittel, mit denen  
man ihr entgegenzutreten kann, vollständig im Klaren sind. Die  
Vertreter des Reichsgesundheitsamtes arbeiten dauernd mit dem  
Zentralkomitee für die Bekämpfung der Tuberkulose und die  
spezielle Aufgabe dieses Komitees ist es, an einzelnen Fällen  
die Methode der Tuberkulosebekämpfung zu erproben und durch-  
zuführen. Die Zeit reicht heute nicht, ich könnte sonst aus der  
ganzen Fülle von Fällen, die wir aus der letzten Zeit bekannt  
sind, berichten, daß wir gerade dieser Frage unangenehme Auf-  
merksamkeit schenken und wenn in irgend einem Lande die  
Tuberkulosebekämpfung erfolgreich gewesen ist, so ist es bei uns  
gewesen. Der Staatssekretär macht zahlenmäßige Angaben,  
wonach im Jahr 1903-1907 die Zahl der Todesfälle  
an Tuberkulose im Durchschnitt des Deutschen Reiches von 214  
auf je 100 000 Einwohner auf 184 konstant zurückge-  
gangen ist. Diese Tendenz ist auch seither dieselbe geblieben  
und ich erinnere mich, Statistiken in der Hand gehabt zu haben,  
aus denen sich ergibt, daß namentlich in einzelnen Orten und  
Bezirken die früher schwer beimgesucht wurden, dank der von  
uns angewandten und empfohlenen Bekämpfungsmethode die  
Erkrankungs- und Sterbesfälle in noch viel größerem Umfang  
zurückgegangen sind, als sich aus den obigen Ziffern für den  
Durchschnitt des ganzen Deutschen Reiches ergibt. Wenn wir  
auf irgend einem Gebiete mit Beschränkung auf das  
zurückblicken können, was wir hygienisch in den letzten  
zwei Jahrzehnten geleistet haben, so ist es zweifellos das Gebiet  
der Tuberkulose. (Beifall.)

Abg. Kanner (Konsl.):

Der Abg. Bietzsch hat wohl ein wenig übertrieben, aber auch  
wir sind der Meinung, daß alles zum Schutze der Gesundheit der  
Arbeiter in gefährlichen Betrieben geschehen muß. Der Redner

fragt sodann nach dem Stande der reichsgesetzlichen  
Regelung des Apothekenwesens und wendet sich  
gegen die von der Wirtschaftlichen Vereinigung eingebrachte  
Resolution, die einen gesetzlichen Schutz der  
Wienersucht gegen Faulbrut wünscht; diese Resolution  
gehe zu weit.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Ich will jetzt gleich eine Erklärung über das  
Schicksal des Apothekengesetzes abgeben. Ich bin  
zu der Ueberzeugung gekommen, daß es richtig ist, den verbündeten  
Regierungen zu empfehlen, auf die Regelung der Apotheken-  
verhältnisse im Wege der Reichsgesetzgebung zu verzichten.  
(Zeit, fort!) Wenn seit dem Entwurf von 1907 eine lange Zeit  
vergangen ist, ohne daß eine positive Entscheidung fallen konnte,  
so liegt das nicht in einem Mangel an Interesse, sondern an der  
Sprengigkeit der Materie und der Verzögerungen, die beim Wechsel  
in der Person des Referenten eintreten. Ich habe die Materie  
eingehend geprüft. Ich habe im Laufe des letzten Jahres eine  
Reihe von Sachverständigen gehört und bin zu dem Ergebnis ge-  
kommen, daß ich nicht in der Lage sein würde, Ihnen ein Gesetz  
vorzulegen, für das ich persönlich die Verantwortung übernehmen  
und andererseits die Annahme vom Reichstag erwarten könnte.  
Es schmerzt mich sehr, wenn eine positive Leistung von mir ver-  
langt wird, eine negative Erklärung abzugeben, so habe ich  
doch geglaubt, der Sache einen Gefallen zu tun, wenn ich  
der Unsicherheit ein Ende mache und nimmere  
der Landesgesetzgebung die Möglichkeit gebe,  
ihre bereits eingeleiteten. Ich habe schließlich auch  
um so mehr geglaubt, diesen Weg beschreiten zu können, als  
der Ihnen bekannte Gesetzentwurf im wesentlichen nur eine Zu-  
sammenfassung des in der Mehrzahl der Bundesstaaten geltenden  
Rechtes bieten sollte. Ich hoffe, daß nimmere die Landes-  
regierungen in der Lage sein werden, den besonderen Verhältnissen  
Rechnung zu tragen. Bei der Frage der Erlösung handelt  
es sich zweifellos um Sachen, die das Reich zu übernehmen nicht  
in der Lage ist. Ich sehe aus den Beispielen der Zustimmung, daß  
Sie die Erlösung zu würdigen in der Lage sind.

Hinsichtlich der Maul- und Klauenseuche ist es Sache  
des Reichsgesundheitsamtes, den Gang der Seuche zu erkennen, im  
einzelnen oder liegt die Bekämpfung der Seuche in den Händen  
der Bundesstaaten. Beim besten Willen bin ich nicht in der  
Lage, zu der vorliegenden Resolution Stellung zu neh-  
men. Sie entfernt sich weit von dem Grundgedanken, über den man  
sich bei der Verabschiedung des Viehseuchengesetzes geeinigt hatte.  
Ein Gesetzentwurf über die Faulbrut der  
Wienersucht ausgearbeitet und unterliegt zurzeit der Ver-  
handlung mit dem preussischen Minister. Auch ich belege, daß die  
Ausführungsbestimmungen des Viehseuchen-  
gesetzes noch nicht erlassen worden und das Gesetz insofern  
noch nicht in Kraft treten konnte. Das Reichsamt des Innern ist  
noch nicht in der Lage, die Ausführung der Seuche zu gewährleisten.  
Der Entwurf hat die Einnahme geäußert, daß vor  
Erlaß der Ausführungsbestimmungen eine Reihe von Interessenten-  
vertretern gehört werden sollen. Der Entwurf liegt zurzeit diesen  
vor; ich hoffe, daß er in nicht allzulanger Zeit an den Bundesrat  
wird gehen können.

Abg. Mugdan (Op.):

Mit großer Freude haben wir die Erklärung des Staats-  
sekretärs, daß die verbündeten Regierungen von einem  
Reichsapothekengesetz endgültig Abstand  
genommen haben, gehört. Die Jahre sind nutzlos vergangen,  
die Einzelstaaten haben überhaupt nichts getan, um die Materie  
auch nur einigermaßen in Ordnung zu bringen. Die Verhält-  
nisse der Apotheker sind unerträglich geblieben. Die Bekämpfung  
ist um so bedauerlicher, weil ich nicht glaube, daß die Einzel-  
staaten so rasch vorgehen werden. Der Zentrumresolu-  
tion, die die ärztliche Anwesenheit der gewerbe-  
lichen Viehkrankungen obligatorisch macht, können  
wir uns nicht weigern, in welchem Umfang dies  
zur Verwendung kommt; z. B. bei der Fäbrisation von Milch  
und Milchprodukten und Spielwaren. Der Redner weist dann darauf  
hin, daß eine große Notwendigkeit, wie sie noch nie da war, für die  
nächsten Jahre in Aussicht steht. (Zeit, fort!) Die Regierung  
soll bei Zeiten ihre Maßnahmen treffen!

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Herr Mugdan hat sich darüber beklagt, daß das Apotheken-  
gesetz nicht kommt. Wir täten gut, zunächst das schreiende vorhandene  
Material auszuwerten, hat nach neuen Vorlagen zu verlangen.  
(Beifall.) In seiner Vernehmung will ich ihm mitteilen, daß, wenn  
in meinem Amte Beschäftigten eingetretet sind, mir  
weitere Erhebungen beantragt werden. Es schweben darüber  
Korrespondenzen mit den Bundesstaaten.

Abg. Gabel (Wirtsch. Bg.):

behandelt die Resolution seiner  
Partei um baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs zum Schutze  
der Wienersucht gegen Faulbrut.

Abg. Dr. Koeslitz (Konsl.):

Schon im vorigen Jahre spielte man mit der Frage der  
Erlösung, ohne ich ihrer großen Wichtigkeit bewußt zu  
sein. Einzelne Bundesstaaten haben sogar noch und liegen fran-  
zösisches Vieh ins Land. Dabei kann man nie sicher  
sein, ob nicht im Ausland Maul- und Klauenseuche herrscht. Un-  
geheuer soll Frankreich landfrei sein. Dabei merkt heute das  
„Berliner Tageblatt“ aus Dresden, daß die Einfuhr französisches  
Vieh verboten ist, weil dort die Maul- und Klauenseuche herrscht.  
(Zeit, fort!) Jede Grenzschließung ist eine große Ge-  
fahr! Auch die Einfuhr fremden Viehs und die Viehe  
nicht gesunken. Das erkennen auch liberale Zeitungen an.  
Wir fordern den Reichsanwalt dringend auf, die ganze Frage  
sehr sorgfältig zu erörtern und sich nicht einlassen auf das  
Gesetz der Presse, auf die Resolutionen von Versamm-  
lungen (Zeit, fort!) Man soll auf die Gefahr hinweisen,  
die entsteht, wenn der Grenzschutz verringert wird, und man soll  
auch überlegen, ob überhaupt ein Vorteil hinsichtlich der Preis-  
haltung dadurch herbeigeführt wird. Alle unsere Behauptungen  
haben sich bewahrheitet.

Leider tritt die Seuche wieder mit erschreckender Intensität  
auf. Die Schäden sind ungeheuer, besonders für den kleinen Vieh-  
besitzer. Es handelt sich hier um eine für die deutsche Landwirtschaft  
höchst wichtige Frage, ja um eine Existenzfrage. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Delbrück:

Die Durchführung des Viehseuchengesetzes liegt in der Hand  
der Landesregierungen. Der Reichsanwalt kann in der Ausübung  
seines Aufsehens nur soweit gehen, als er Forschungen nur  
mit einer veterinär-polizeilichen Begründung lassen kann. All-  
gemeine Gesundheitszustände reichen nicht aus. Die Fälle, in  
denen im vorigen Herbst von einzelnen Bundesstaaten die Ein-  
führung von französischem Vieh unter sehr ungesunden  
Vorbedingungen geschehen wurde, lagen so, daß nach dem  
Urteil aller Sachverständigen veterinär-polizeiliche Bedenken

gegen die Einführung nicht geltend gemacht werden konnten. Es  
wäre also sachlich nicht gerechtfertigt gewesen, wenn trotzdem der  
Reichsanwalt von den Bundesregierungen gefordert hätte, daß  
sie ihre Grenzen nach wie vor geschlossen zu halten hätten. Selbst-  
verständlich wurde die Forderung gestellt, daß sofort die Grenzen  
geschlossen werden müssen, sobald der Seuchenzustand in Frank-  
reich zu irgendwelchen Bedenken Veranlassung geben sollte. Das  
ist von den betreffenden Regierungen prompt geschehen, zum Teil  
schon ehe sie meine Aufforderung überhaupt erreicht hatte. Man  
hat der Abg. Dr. Koeslitz der Meinung Ausdruck gegeben, daß die  
betreffenden Verfügungen der Bundesregierungen zu einer Zeit  
ergangen seien, als Frankreich bereits wieder verheert sei. Er  
hat daran erinnert, daß er schon bei den Verhandlungen hierüber  
im November im Reichstag eine Depesche vorgelegt hat, nach der  
in Frankreich die Maul- und Klauenseuche wieder aufgetreten  
war. Demgegenüber muß ich feststellen, daß diese Depesche auf  
einer unrichtigen Meldung beruhte und daß es sich damals nicht  
um Maul- und Klauenseuche gehandelt hat. (Zeit, fort!)  
Dr. Koeslitz hat weiter die Vermutung ausgesprochen, daß wir  
uns bei den veterinär-polizeilichen Maßnahmen lediglich auf die  
ziemlich spät eintreffenden amtlichen Mitteilungen des Aus-  
landes stützen. Auch das trifft nicht zu. Unsere Konsuln im Aus-  
lande sind angewiesen, jeden Fall des Auftretens einer Seuche  
sofort telegraphisch zu melden. Das muß gesagt werden gegen-  
über dem Vorwurf, der aus den Worten Dr. Koeslitz herauszu-  
gehen mag, daß der Reichsanwalt und ich das Seuchengesetz han-  
deln. Ich stelle demgegenüber ausdrücklich fest, daß wir alles  
getan haben, wozu wir verpflichtet waren. Was die gegen-  
wärtige Seuche anlangt, so hat die eingehend geführte Unter-  
suchung jeden Anhalt dafür vermieden, daß die Seuche aus  
dem Auslande eingeschleppt sei. (Zeit, fort!) Das Gut-  
achten der Sachverständigen geht dahin, daß diese Seuche ent-  
standen ist durch Vagabunden, die die Tiere seit der letzten längst er-  
folghen Seuche mit sich herumgetragen haben und die jetzt zum  
Ausbruch gekommen sind. Diese letzte Seuche ist nach meinen  
Informationen aus Rußland eingeschleppt worden, also  
aus dem Lande, gegenüber dem die strengsten Sperremaßnahmen  
bestehen, die mit aller Gründlichkeit gehandhabt werden. (Zeit,  
fort!) Dr. Koeslitz hat darauf hingewiesen, zu welchen be-  
denklichen Konsequenzen der Ausbruch einer solchen Seuche in  
bezug auf unsere gesamte Landeskultur führen muß. Er hat an-  
gezeigt, eine Konferenz nach dem Reichsamt des Innern ein-  
zuberufen, die darüber beraten soll, welche Maßnahmen zu treffen  
sind, um die schweren Hindernisse zu beseitigen, die sich aus einer  
schweren Durchführung der Abwehrmaßnahmen ergeben. Ich bin  
selbstverständlich bereit, eine solche Konferenz einzuberufen. Aber  
ich weise darauf hin, daß Preußen und Anhalt bereits Anord-  
nungen erlassen haben, die alles das bestimmen, was Dr.  
Koeslitz will. Warum wir doch erst einmal ab, was hierbei  
herauskommt. Vielleicht reicht das Vorgehen Preußens schon aus,  
und wir brauchen das Reich nicht mehr in Bewegung zu setzen.  
Selbstverständlich nehme ich mich der Sache an und werde das  
Material der Bundesstaaten eingehend prüfen. Die Tötung  
verseuchter Tiere und die Entschädigung der davon betroffenen Land-  
wirte erfolgt schon heute. Sie sehen, daß die verbündeten Regie-  
rungen alles tun, um der zweifellos bedrohlichen Lage, in die  
unser Viehwesen durch die Ausbreitung dieser Seuche geraten ist,  
nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. (Beifall.)

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.):

Nach der Argumentation des Staatssekretärs ist die Grenz-  
sperrung überhaupt nicht gerechtfertigt. Er sagt ja selbst, daß aus  
den betroffenen Gebieten Frankreichs kein Vieh nach Deutschland  
gebracht wurde. Wenn wir uns in Süddeutschland befänden  
müßten, so kann sich die Seuche nur gegen Norddeutschland  
richten, weil nur von dort verseuchtes Vieh nach dem Süden ein-  
geführt wurde. Ich bedaure es lebhaft, daß dem Apotheken-  
gesetz nicht gekürrt werden soll. Den Viehkrankungen wird  
man am besten durch Verhütung der Erkrankung zu Leibe gehen,  
nicht aber dadurch, daß man erst die ausgebrochene Krankheit  
zu heilen sucht.

Abg. Graf Döberdorff (Zentr.):

Die Erfahrungen der Schulärzte sollten gesammelt und  
wissenschaftlich verwertet werden. Besonders die Frage der Unter-  
ernährung sollte untersucht werden. Der Frage der Weidereg-  
lungen müßte der Bundesrat seine ernste Aufmerksamkeit zu-  
wenden. Einer strengen Grenzsperrung gegen Seucheneinschleppung  
können wir nicht entbehren. Nur darf man in der rigorosität nicht  
zu weit gehen. Sehr richtig wäre es, die Säugimpfung allgemein  
durchzuführen, die sich zu bewähren scheint.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Fallbauer  
erklärt gegenüber einer sozialdemokratischen Behauptung: Ich muß  
mit aller Energie der Behauptung entgegenzutreten, als ob die säch-  
sische Regierung die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Hy-  
gienekontrolle in Dresden abgelehnt hat. Im Gegen-  
teil, es hat eine objektive Heimarbeitsausstellung gewünscht, bei  
der allerdings auch die Lichtseiten hervortreten sollten.

Abg. Sommer (Op.)

Spricht gegen die strenge Handhabung der Vorschriften gegen die  
Weideregungen. Damit gefährde man die Industrie. Davon  
habe nur das Ausland Vorteil. Die Herstellung der Schornsteine  
und Griffe an den Bierkrügen werde geradezu verhinert. Man  
behauptet sogar, daß der Krummhals am Morgen nicht vom  
Klasko, sondern vom Weigehalt der Bierdeckel herrühre.  
(Beifall.)

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Vumm:

Das Reichsgesundheitsamt hat bisher auf Grund eingehender  
Untersuchungen den Standpunkt vertreten, daß eine Weideregung,  
die über 10 Prozent Blei enthält, die Gesundheit gefährdet. Ich  
kann nur erklären, daß wir an diesem Standpunkt unbedingt fest-  
halten. Die Wappengeschirre sollen nicht unter dieses Gesetz, son-  
dern unter das Nahrungsmittelgesetz. Gerade zarte Kinder sollte  
man möglichst schützen. (Beifall.) Bezüglich der Schulhygiene soll  
möglichst verbessert werden. Eine Statistik wäre derkräft. Lassen  
wir die Schulärzte erst eine Zeit lang arbeiten, dann können wir  
immer noch eine Statistik bringen. Aber die Maul- und Klauense-  
uche haben eingehende Forschungen hatzueinander. Drei Denk-  
schriften waren das Resultat. Professor Köster hat übrigens keine  
Studien an der Insel Riems bei Grimmen fort. Inzwischen ist  
eine Resolution Graf Kanitz (Konsl.) eingegangen, die im  
Sinne der Ausführungen des Dr. Koeslitz den Reichsanwalt er-  
sucht, schleunigst eine Konferenz von Sachverständigen ein-  
zurufen unter Hinzuziehung einer entsprechenden Zahl von Land-  
wirten einzuberufen zur Beratung und Durchführung von Maß-  
nahmen, welche die Sperrmaßnahmen zur Bekämpfung der  
Maul- und Klauenseuche bei voller Wahrung der  
Ziele des Seuchengesetzes so einrichten, daß unter allen Umständen  
die große für die Landwirtschaft und die gesamte deutsche Volkswirtschaft

Wirtschaft betreffende Gefahr ausgeschlossen wird, die durch Ver-  
hinderung rechtzeitiger Befüllung, der Benutzung der Weiden und  
des Abfahrs von Raftweid.

Abg. Dr. Wankenhorn (Noll.)

Bespricht die Handhabung des Weingehes. Die Beteiligten Kreise  
sind jetzt in der Hauptsache zufrieden. Das Weingehes hat den  
Ramenbüch für Kognak gebracht; wir wünschen auch einen Schutz  
des Schwarzwälder Kirchwassers. Der Redner fragt nach dem  
Nahrungsmittel-Kontrollgesetz.

Scheimel Freiherr von Stein verweist auf die Schwierig-  
keiten auf diesem Gebiete. Die Verhandlungen schweben schon  
seit Jahren und es ist noch nicht abzusehen, wann der Gesetzent-  
wurf fertiggestellt werden kann.

Abg. Vogt-Grailheim (Bischof, Vog.) spricht gegen die Ein-  
führung französischen Viehs nach Württemberg. Ueberall, wo diese  
Kiere hingekommen, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Württembergischer Bundestagsbevollmächtigter Dr. v. Köhler;  
Im Vordring ist einmütig anerkannt worden, daß von seiten der  
württembergischen Regierung alles geschehen ist, um einen Aus-  
bruch der Maul- und Klauenseuche zu verhüten.

Ein Schlusstrag wird angenommen.

Abg. Dr. Köhler (Konf., persönlich) bewahrt sich gegen den  
Societät, daß er den Staatssekretär mit einer Depesche inoffiziell  
behe.

Abg. Fegler (Sp.): Nie hat der Schlusstrag die Möglich-  
keit genommen, nachzuweisen, daß die Initiative zu Entschuldigungs-  
maßnahmen für die Landwirte von uns ausgegangen ist. (Lachen  
regt.)

Abg. Bren (Sog.) droht, nach Annahme des Schlusstrages  
über die gesetzlichen Vergütungen nun ausführlich in der  
ritten Lesung zu sprechen.

Sämtliche Resolutionen werden angenommen.

Mit dem Kapitel „Valentini“ wird verbunden die erste  
Lesung des Gesetzes über den Patentaussführungs-  
zwang.

Abg. Dobe (Vp.):

Dem Besch stimmen wir zu, bitten aber, die Vorlage noch in  
einer Kommission zu prüfen. Diese Regelung war notwendig,  
da die allgemeine Revision des Patentgesetzes noch nicht in die  
Rege geleitet worden ist. Der Ausführungszwang soll nach dem  
Entwurfs für die Regel durch den Zwangszwang ersetzt  
werden.

Abg. Dr. Junz (Noll)

Das Befinderecht der Angestellten wird in der Wahlbewegung  
vielleicht eine Rolle spielen. Die Frage sollte rasch gelöst werden.  
Der Redner erörtert die Fragen des Patentaussführungszwanges  
und der Zwang, bleibt aber auf der Tribüne im einzelnen un-  
verständlich, da er vom Ploke aus spricht und der Journalisten-  
tribüne den Rücken zuwendet.

Abg. Dr. Pfeiffer (Noll): Wir danken für die Vertagung des  
Gesetzes. Es ist aber nur eine Abschlagszahlung. Die General-  
revision des Patentgesetzes muß aber dann bald dem neuen Reichs-  
tag vorgelegt werden.

Abg. Gell (Sog.) stimmt der Kommissionsberatung zu. Leider  
wird der Erfinder gegen die kapitalistische Macht nicht genügend  
geschützt.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.  
Das Kapitel „Valentini“ wird erledigt.

Der Präsident Graf Scherwin-Evian schlägt vor, mit dem  
nächsten Kapitel „Reichsversicherungsamt“ die Vorlage  
über den Hinterbliebenen-Versicherungsfonds  
und den Reichsinvalidenfonds zu verbinden.

Die Abg. Dr. Roggan (Sp.) und Doh (Sog.) widersprechen.  
Als der Präsident das Haus verlassen will, bezweifelt  
Abg. Doh (Sog.) die Beschlußfähigkeit des Hauses,  
es sind nur etwa fünfzig Abgeordnete im Saale.

Hierauf zieht der Präsident seinen Vorschlag zurück und Abg.  
Doh nachträglich seinen Zweifel.

Der Gesetzentwurf wird zurückgestellt.

Abg. Sahle (Sog.): Wir protestieren dagegen, daß eine so  
reiche Herrschaft wie die der Fürsten Pleh zum Bau von Beamten-  
häusern aus den Landesversicherungsanstalten Geld zu billigen  
Zinssätzen erhält. Die Rentendewilligungen müssen gerechter vor-  
genommen werden.

Ministerialdirektor Caspar: Bei den Plehischen Beamten han-  
delt es sich um Beamte, die ebenso eine Berücksichtigung seitens  
der Landesversicherungsanstalt verdienen wie andere Beamte, da  
sie nicht reichler oder besser gestellt sind, wenn auch der Fürst  
v. Pleh noch so viel Millionen hat.

Nach mehr als zweistündiger Sitzung wird von der linken  
Seite die Vertagung beantragt. Da das Zuhören auf der linken  
Seite nach Ansicht des Bureau die Mehrheit bildet gegenüber dem  
Zuhören auf der Rechten und im Zentrum, ist die Vertagung  
beschlossen.

Donnerstag 2 Uhr Weiterberatung.  
Schluß 6 1/2 Uhr.

Bekanntmachung.

Der Klebverfah von Rofs  
auf untern Gaswerten  
Vindenhof und Engenberg  
sind täglich in der Zeit von  
9 bis 11 Uhr vormittags  
halt. Außerdem wird auf  
diesen Werken jeweils  
Dienstags und Freitags  
nachmittags von 3-5 Uhr  
Rofs abgegeben.

Wir machen noch beson-  
ders darauf aufmerksam,  
daß Rofsbestellungen auch  
in unserem Verwaltungs-  
gebäude K 7, 1/2 (Zimmer  
Nr. 2) mündlich und schrift-  
lich entgegengenommen wer-  
den und daß an dem An-  
gabenlokal E 3, 12, und an  
der Umformstation, Repu-  
blikstraße 2, Briefkästen zum  
Zwecke der Aufnahme schrift-  
licher Rofsbestellungen an-  
gebracht sind. 729

Mannheim, 3. Jan. 1911.  
Die Direktion  
des Rofs, Rofs, Gas- und  
Elektrizitätswerke:  
Rofs.

Bekanntmachung.

Bei Bemessung des Fahr-  
preises für die vom 1. April  
1911 ab neu zur Ausgabe  
gelangenden Streckenkarten  
und Wochenfahrkarten be-  
steht die Taraxense Kam-  
merkassie außer Betracht.  
Die Preisermäßigung für  
die Fahrten mit Einzelfahr-  
scheinen wird von obiger  
Bestimmung nicht berührt.  
Mannheim, 15. März 1911.  
Streckenbahnamt:  
S 111.

Verkauf einer Rheinfähre.

Die außer Betrieb gesetzte, zur Zeit im Altrhein bei  
Sandbühl, nach dem Anweilen des Peter Debus, Regende  
Oppauer Rheinfähre nebst Behältern, sowie die sonstigen,  
im Oppauer Dampfschiffbau befindlichen Zugehörigkeiten werden  
an den Meistbietenden aus freier Hand gegen Barzahlung  
verkauft.

Kaufinteressenten wollen ihre Angebote schriftlich und ver-  
schlossen mit der Aufschrift „Kaufangebot für die Rhein-  
fähre“ spätestens am 3. April 1911, abends 4 Uhr hiermit  
einreichen. Das Öffnen der Angebote und der eventuelle  
preisliche Zuschlag geschieht am 7. April 1911, vormittags  
9 Uhr auf dem unterzeichneten Amt. Dasselbe erteilt auf  
Schrift Kaufauftrag und sendet Kaufinteressenten auf Verlangen  
ein Verzeichnis der Gegenstände. 14406

Oppau, den 17. März 1911.

Das Bürgermeisteramt:  
Schmitt.

Bitte!

In der Arbeiterkolonie Rutenbusch macht sich wieder der  
Mangel an Kleidungsstücken aller Art - Hüden, Toppas,  
Hosen, Westen, Hemden, Unterhosen, Socken und besonders  
an Schuhwerk - fühlbar. Wir richten deshalb an die  
Herrn Betriebsamtmänner und Freunde des Vereines die  
höflichste Bitte, Sammlungen der genannten Bekleidungs-  
gegenstände gütigst veranstalten zu wollen.

Das Sammlungsresultat wolle dann entweder an  
Gaudelster Werkstatt in Rutenbusch - Post und Station Bür-  
beim - oder an die Zentralsammelstelle in Karlsruhe,  
Blumenstraße 1, II. - Dienerszimmer - eingeliefert werden.

Einmalige Gaben an Geld, die gleichfalls nötig sind und  
bei Bedarf angenommen werden, wollen an unsere  
Bereitschaft in Karlsruhe, Blumenstraße 1, II. gütigst ab-  
gegeben werden. 14402

Karlsruhe, im März 1911.

Der Ausschuh des Landesvereines  
für Arbeiterkolonien im Großherzogtum Baden.

Luft-Reiniger **Aerozon**  
für (Simplax)  
Schlaf-, Kranken- u. Kinderzimmer  
Klosets, Fabrikräume etc.  
Kompl. Apparat Mk. 3.50.  
Waldhilt-Essenx Mk. 1.50.  
Parfümerie Otto Hess, E1, 19.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise inniger Anteilnahme  
an unserm schmerzlichen Verluste, sagen wir herz-  
lichstem Dank. Besondere Dank gebührt den ehrw.  
Niederbrouner Schwestern für die hingebende Pflege.  
Mannheim, den 20. März 1911.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Eugen Dittmann, Gärtner.**

**ALLG. RABATT-SPAR-VEREIN**  
Ausbezahlte Sparbücher  
1905 . . . . . Mk. 80 000.—  
1906 . . . . . Mk. 210 000.—  
1907 . . . . . Mk. 290 000.—  
1908 . . . . . Mk. 320 000.—  
1909 . . . . . Mk. 360 000.—  
1910 . . . . . Mk. 400 000.—  
Mk. 1 660 000.—  
Eine Million sechshundertund-  
sechzigtausend Mark.  
Deponierter Einlösungsfond Mk. 168000  
**MANNHEIM**  
Kaufen Sie nur, wo unsere grünen Rabattmarken verabfolgt werden

**Kaufmännischer Verein**  
Mannheim (F. V.)  
Abteilg. Stellenvermittlung,  
Etern und Vormünder,  
welche gelonnen sind, ihre  
Söhne und Mündel tau-  
mende Eltern in eine kauf-  
männische Lehre zu geben,  
wollen sich zur unentgelt-  
lichen Beforgung einer Ver-  
hele unserer Vermittlung  
bedienen, da wir nur solche  
Firmen nachweisen, welche  
den Bebrillgen erfahrung-  
gemäß Gelegenheit zu einer  
ständigen Ausbildung als  
Kaufmann bieten.  
Der Vorstand:  
NB. Schwesters-Formu-  
lare, welche in einem An-  
hange die Zusammenfassung  
der wesentlichen, die Qual-  
ifikationsbedingn betreffenden  
Bestimmungen des Handel-  
gesetzbuches und der Reichs-  
Gewerbeordnung enthalten  
sind, zum Preise von 15 Pie-  
per Stück bei uns erhältlich.  
Vorvielfältigungen  
und Abschriften auf  
Schriftmaschinen.  
Friedr. Burckhardtts Nachf.  
0 5, 8 (K. Oberkalden)  
Ferasprecher 4261.  
52026

**Hausbesitzer kaufen billige Tapeten**  
in Mannheim **Q 3, 15** früher Ries'sche Kutscherel.  
Man achte gef. genau auf Litra und Hausnummer.  
Filiale **Darmstädter Tapetenfabrik**  
Telephon 3318. Geschäftsf. W. Deckens.

**PFAFF-Nähmaschinen**  
gleich vorzüglich zum 11815  
Nähen - Sticken - Stopfen  
Keine Massenware! Nur mustergültiges Fabrikat  
Unterricht gratis - Reelle Garantie  
**Martin Decker**  
A 3, 4 Mannheim Tel. 1298  
Nähmaschinen- u. Fahrrad-Manufaktur.  
Reparaturen prompt und billig.

**Rohlentlieferung.**  
Wir bezeden für das Jahr  
1. April 1911 bis dahin 1912  
unsern Rohlentliefer. Die  
Größe derselben und die  
Vergebungsbedingungen sind  
bei unserm Rechnungsbüro  
zu erfahren. Angebote wol-  
len innerhalb 4 Tagen  
schriftlich bei uns eingereicht  
werden. 14440  
Mannheim, 16 März 1911,  
Gaußplatzamt.

**Vermischtes.**

**Schwarzwälder Spezialgebräu**  
Kirsch- u. Zwetschen-  
wasser, Himber, Schmecker,  
Dillbitter und Wacholdergebräu.  
**Tannen- u. Wäldchenholz**  
A. Bauerstrub von Heide  
Nur prima naturernte Ware.  
K 2, 4, 5, 6,  
Marktstraße **Schwarzwälderbunds.**

**Tonerschneiderin** empfiehlt  
sich in und außer dem Hause.  
40010 A 9, 8, 2. Stod.

**Trauringe**  
A. K. E. - ohne Zölle,  
kaufen Sie nach Gemüht am  
billigsten bei  
**C. Fesenmeyer,**  
P 1, 3, Breitstraße.  
Jedes Brautpaar erhält eine  
geschmückte Schwarzwälder  
Lur gratis.  
12641

**Unterricht**  
Konzertgitarren-Unterricht  
erteilt  
**Hilbert A. Schlemmer**  
Sachsenstraße 36, 9. Stod.

**Klavier-Unterricht**  
Stunde zu Mk. 1.50 wird von  
einem tüchtigen, neuen Lehrer  
erteilt. Anzahl Vorterrassen  
genau in Dresden. Off. erbüde  
u. H. 8, 17 Hauptpost. 55450

**Ankauf.**  
Für getragene Kleider  
u. Schuhe hohe Preise.  
A. Reeb, S 1, 10.  
Befürzte genügt. 56519

**Zahle höchste Preise**  
für getragene  
**Herrn- und Frauenkleider**  
Schuhe, Halbhosen, Waldgong,  
Höbel, Gamsgegnen, oder Art.  
Von jungen Herrschaften  
oder Kleider jahre lang beliebt,  
hohe Preise, immer platt, nach  
außer jahr. gr. Offert. erbüdet  
**Goldberg, T 2, 9**  
67335

**Bestandte Bücher.**  
famie ganze Bibliotheken  
samt Preis zu guten Preisen  
Bücherei, v. Joh. Traub,  
Littenburg 1, 2. 7004

**BENZ**  
AUTOMOBILE  
70700  
Tourwagen - Stadtwagen - Kolo-  
Wagen - Lastwagen - Omnibusse  
Geschäftswagen - Bootsmotoren  
Luftschiff- und Flugmotoren  
**BENZ & Cie.**  
Rheinische Gasmotoren-Fabrik  
Aktiengesellschaft - Mannheim  
Rheinische Automobill-Gesellschaft A.-G.  
P 7, 24.  
11237

**Viiten-Karten** Besten in geschm-  
pollter Ausführung  
Dr. G. Baas'sche Buchdruckerel G. m. b. H.

Haben Sie was  
zu Vergolden? Telefon  
zu Versilbern? N 2  
gut zu Vernickeln? N 2  
prompt zu Vermessingen? 140  
und zu Verkupfern?  
billig zu reparieren?  
So senden Sie es nach  
Stockhornstr.  
N 48  
oder Niederlage A. Pfeiffer U 1, 8  
Mannheimer Metallwaren-Fabrik  
und Galvanisierungs-Anstalt  
13622

Ernennungen, Versetzungen, Zurufesetzungen etc.

Der etatsmäßige Beamte der Gehaltsklasse II bis K sowie Ernennungen, Versetzungen etc. von nicht-etatsmäßigen Beamten, Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums des Großh. Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten.

Einmähig angesetzt: die Bahnmeister: Josef Graf in Singen, Karl Schlus in Döffingen. — Vertragmäßig aufgenommen: als

— Verlegt: Bahnmeister Albert Begutti in Offenburg nach Zähringen; die Eisenbahnassistenten Rudolf Köppl in Litzler nach Bittel, Johann Appel in Mannheim nach Eppingen, Otto Benz in Eppingen nach Mannheim, Karl Wöhlhagen in Offenburg nach Dittelsheim, Andreas Spöck in Mannheim nach Reichenberg; die Eisenbahngehilfen: Wilhelm Werner in Eppingen nach Karlsruhe, August Emmig in Karlsruhe nach Reichenberg; die Bureaugehilfen: Karl Guer in Seckach nach Königsbach, H. Sturm in St. Georgen i. S. nach Konstantz, Karl Weiß in Mannheim nach Hohenheim; die Kassenführer: Johann Henke in Freiburg nach Karlsruhe, Gustav Gromer in Freiburg nach Karlsruhe, Lokomotivbeizer Gottfried Ruf in Heidelberg nach Eberbach. — Zurufesetzt: Lokomotivbeizer Franz Knapp 1 in Bruchsal, Wagenwärter Franz Plan in Heidelberg bis zur Wiederberufstellung seiner Gesundheit, Bremser Franz Burkard in Reichenberg, unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste. — Gestorben: Bremser Anton Junker in Offenburg.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts.

— Einmähig angesetzt: Gerichtsschreiber Paul Röttle in Heidelberg. — Verlegt: Kanzleischreiber Jakob Simon beim Notariat Karlsruhe I—III, VIII zum Notariat Karlsruhe IV—VII. Angewiesen: Kanzleigehilfe Friedrich Rieg beim Notariat Karlsruhe IV—VII dem Notariat Karlsruhe I—III, VIII.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums des Innern.

Verlegt: die Schatzkammer: Otto Hepp und Alfred Küster von Baden nach Freiburg, Wilhelm Meyer und Karl Weidert von Baden nach Heidelberg, Karl Vogel, Wilhelm Hartung, Gust. Heuser und Rudolf Rödel von Baden nach Mannheim. — Entlassen: die Schatzkammer: Leopold Habitzreuther in Mannheim, Alfred Weidert in Forstheim und Heinrich Siedentopf in Mannheim, letzterer auf Ansuchen.

Großh. Landesgerichtsamt.

Angewiesen wurde: Innenarchitekt Friedrich Glaser in Berlin als Hilfslehrer der Gewerbeschule in Karlsruhe. — Entlassen als Ansuchen: Gewerbeschulendirektor Melchior Berisch, Hilfslehrer an der Gewerbeschule in Rastatt.

Großh. Verwaltungshof.

Die Beamtenentscheidung verließen: dem Friedrich Lohr, Wärter bei der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen, dem Anton Vogl, Wärter bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch; den Wärterinnen: Josephine Bauer, Barbara Keimel, Uta Wathes und Ana Wunsch, sämtliche bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch. — Zurufesetzt unter Anerkennung ihrer treu geleisteten Dienste: Christine Hubbig, Weichensbeschleherin bei der Heil- und Pflegeanstalt Forstheim — Auf Ansuchen entlassen: Wärterin Anna Deschner bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Kommunalpolitisches.

\* Die Lührerleisenerordnung für Berlin ist im Stadtverordnetenhaus großen Umänderungen unterworfen worden. Hiernach sollen steuerfrei bleiben: Veranstaltungen, die von Schülern Berliner Unterrichtsanstalten oder für solche dargeboten werden, Veranstaltungen zu wohltätigen oder gemeinnützigen Zwecken, wenn der Nachweis erbracht wird, daß der gesamte Reinertrag zu dem angegebenen Zweck verwendet wird; ferner gemeinnützige Theaterunternehmungen von Vereinen, die nach den Bestimmungen ihrer Statuten 1) eine Verteilung von Reingewinn an ihre Mitglieder ausschließen 2) im Falle der Auflösung des Vereinsvermögens nicht an die Mitglieder verteilen, sondern gemeinnützigen Zwecken widmen, 3) für Vaugetriebe zum Zwecke der Erbauung eigener Theater während der Bauzeit höchstens 6 v. H. und für andere Darlehen nicht mehr als 4 v. H. zahlen; 4) nicht mehr als 1/2 M. Eintrittspreis für die Person nahmen; außerdem sind steuerfrei geschlossene Tanzunterrichtsstunden. Die Besteuerung erfolgt in der Form der Kartensteuer, wenn den Besuchern Eintrittskarten, Programme usw. als Aufweise dienen, durch Erhebung einer Pauschalsteuer, wenn das Eintrittsgeld ohne Ausgabe von Eintrittskarten usw. verlangt wird sowie von Kabarets. Die Kartensteuer soll betragen bei einem Eintrittsgeld von 5 Pf. für kinematographische Vorstellungen 5 Pf., von 50 Pf. 10 Pf. steigend auf 50 Pf. bei 2 M. Eintrittsgeld. Bei Tanzbelustigungen sollen von 1/2 M. 10 Pf. erhoben werden, bei 5 M. 50 Pf. und dann für jede weitere Mark je 15 Pf. Diese Sätze sollen auch bei Theatervorstellungen zur Anwendung kommen. Die Pauschalsteuer soll betragen für Kabarets bei Räumen mit Grundflächen von 100 Qmtr. oder weniger 15 M., für jeden Veranstaltungstag und für jede weiteren angelegenen 50 Qmtr. 10 M. mehr; für Kinematographen bis zu 50 Plätzen 2 M., bei mehr als 50—100 Plätzen 6 M. und bei mehr als 100 Plätzen für je 1—50 weitere Plätze 10 M., für den Veranstaltungstag, für Konzerte in geschlossenen Räumen 2 M., bei 100 Qmtr. Grundfläche, 3 M. bis 200 Qmtr. Fläche usw. für je 100 Qmtr. Grundfläche 1 M. mehr, für Konzerte in offenen Räumen (Gärten) 2 M. bei 500 Qmtr. Fläche, 4 M. bis 1000 Qmtr. Fläche und 2 M. mehr für je 500 Qmtr. für alle sonstigen steuerpflichtigen Aufführungen (Balkon-, Spezialitäten-, Panoramen- usw. Vorstellungen) sollen 4 M. für 100 Qmtr. Grundfläche, 8 M. für 200 Qmtr. Fläche, 12 M. für 300 Qmtr. und dann 4 M. für jede 100 Qmtr.-Fläche mehr erhoben werden. Der Ausschuss hat die Vorlage mit 6 gegen 1 Stimme angenommen.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

\* Weissenheim a. S., 17. März. Ein schweres Verbrechen, das anfangs Oktober v. J. in oder bei Berlin begangen wurde, scheint nun der Aufklärung etwas näher gerückt zu werden. Am 28. Oktober wurde an der Lutherbrücke eine Frauenteiche gelandet, die in einen Intesad gesteckt war. Die Leiche war die einer 16—20 Jahre alten, 1,40 Meter großen Person, der Kopf steckte unten im See, an den Beinen war dieser angebunden. Die Leiche war vollständig nackt, nur ein Korsett-schoner hatte sie noch an. Wegen zu weit vorgeschrittener Verwesung konnte die Todesart nicht mehr festgestellt werden, min-

destens 10 Tage war die Leiche, deren Kopf abgeschnitten war, im Wasser gelegen. Den Händen noch zu schließen, handelte es sich jedenfalls um eine Person der arbeitenden oder dienenden Klasse, jedenfalls aus der Provinz, die in letzter Zeit verwaht war. Die weitere Untersuchung ergab, daß mehrere Personen in der Nacht vom 15. zum 16. Oktober auf einem Bahns in der Humboldtsbrücke bei einem Rotzuchtst ein Mädchen gelötet hatten. Wie das Polizeipräsidium Ende November bekannt machte, wurden die Täter ermittelt und verhaftet. Inzwischen konnte es, trotzdem eine Beschlagnahme von 2000 Mark ausgesetzt war, nicht gelingen, die Person der Ermordeten festzustellen. Nun ist die Leiche dieser Tage als die Frieda Weiß von hier von deren Schwester Annelie, die auf dem Handel mit Feinwaren in Norddeutschland war, aufgrund der von der Polizei in Berlin veröffentlichten Abbildung der Leiche erkannt worden. Die Frieda Weiß war ebenfalls auf dem Handel gewesen, indes hat man bereits seit 2 Jahren nichts mehr von ihr in der Heimat gehört. Sie blieb verschollen. Auch andere Angehörige der Frieda Weiß haben diese nach der Photographie wieder erkannt.

Büchertisch.

(Anzeigen bei der Redaktion eingelaufener Bücher und Zeitschriften. Ausführliche Preisverzeichnisse nach Auswahl.)

Die Programme der politischen Parteien in Deutschland. Zusammengefaßt von Dr. phil. Karl Köppler. Zweite veränderte und vermehrte Auflage. 90 Seiten. 8°. Gebunden nur 75 Pf. Verlag von D. Grafflauer (Richard Goldbacher) in Leipzig. Die Verlags in weiten Kreisen verbreitete und schon in zweiter Auflage erschienene Schrift enthält die neuesten Programme und sozialen Grundanschauungen sämtlicher politischer Parteien Deutschlands. In der Neuauflage ist die Gruppierung der Parteien nach ihrem inneren Zusammenhang erfolgt, wodurch die Schrift für den praktischen Gebrauch wesentlich an Veranschaulichung gewonnen hat. Auch wurde die neue Auflage vervollständigt durch Einschaltung wichtiger Programme neuer Parteien und wirtschaftlicher Vereinigungen.

Pharos Erwin Degen in Aglasterhausen hat seinem Weichenachts-Passionatorium folgen lassen, daß mit jenem den Vorzug der Einfachheit und leichten Aufführbarkeit gemein hat. Mit einem einigermaßen leistungsfähigen Chor, einigen Solisten und dem einfachen Begleitungsorgel der Orgel, läßt sich dieses Passionatorium durchzuführen. Der Tonjah ist bei aller Einfachheit wirkungsvoll; die Tonsprache von religiösem Empfinden getragen, so daß der Hord des Komponisten, der religiösen Erbauung zu dienen und Material zu bieten für eine einheitliche Ausführung in der Passionszeit, voll und ganz erreicht werden dürfte. Gerade, daß die Gemeinde in den Choralen sich selbst an der Aufführung beteiligt, scheint ein besonderer Vorzug der Komposition. Wir weisen nicht daran, daß die Werke Degens, namentlich auch in Landgemeinden, Anklang und Verbreitung finden werden.

Tänze der verschiedensten Gattungen bringt das sieben erschiene neueste Heft der populären Notenbibliothek „Musik für Alle“. Das Heft „Tänze“ ist (Preis 50 Pfennig) durch den Verlag Ullstein u. Co. Berlin SW 68), zu beziehen.

Amfliches Verfündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim. Erscheint wöchentlich ein- bis zweimal. Abonnementspreis pro Vierteljahr 3 M. 1.—

4. Sohyang. Bekanntmachung. Die Ausführung des Weiches gegen den unläuteren Weichsbereich bet. Nr. 8970 IV. ... Bekanntmachung. Die Ausführung des Weiches gegen den unläuteren Weichsbereich bet. Nr. 8970 IV. ... Bekanntmachung. Die Ausführung des Weiches gegen den unläuteren Weichsbereich bet. Nr. 8970 IV. ...

